

PROTOKOLL

über die 47. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,

am Donnerstag, 24. Oktober 1996, im Rathaus 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.30 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Walter Oppl, Gerhard Bremm, Hans Payrleithner, Roman Eichhübl, Mag. Harald Philipps, Wilhelm Spöck, Edith Radmoser, Ing. Othmar Schloßgangl, Franz Rohrauer, Ing. Dietmar Spanring, Dr. Tilman Schwager, Leopold Tatzreiter, Franz Straßer, Walter Strobl

GEMEINDERÄTE:

Arno Thummerer, Kurt Apfelthaler, Marco Vanek, Felicitas Bauer, Josef Brandstötter

VOM AMT:

Martin Randolf Eisner, MD Dr. Kurt Schmidl, Ulrike Fuchs, PD Dr. Gerhard Alphasamer, Günter Fürweger, Gerald Hackl, Walter Gabath, Belinda Kastlunger, Richard Gollatsch, Hans-Dieter Götz

PROTOKOLLFÜHRER:

Engelbert Huber, OAR Anton Obrist, Anna Jeloucan ,Andrea Garstenauer, Engelbert Lengauer

KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung

keine vorhanden

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

gem. Pkt. 5 der Tagesordnung

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 1) Fin-45/93 Integrationsprojekt für In- und Ausländer - „Paraplü“; Subventionsansuchen 1996.
- 2) K-114/96 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1996.
- 3) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst; Transport schwerstbehinderter Schüler aus Umlandgemeinden.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 4) ÖAG-Stw-5207/92 Neubau Hochbehälter Münchenholz; Baumeisterarbeiten; Rohrankauf; Bauleitung; Vergabe der Arbeiten.
- 5) Stw-71/96 Neuerlassung einer Wasserleitungsordnung 1997.
- 6) Wa-43/93 Brunnenfeld Dietach; Grundwasserreinigung nach PER-Verunreinigung; Sanierung der bestehenden Sickerrigole; Vergabe der Leistungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOBGANGL:

- 7) BauGru-66/95 Bebauungsplan Nr. 54 - „Auer-Gründe“; Änderung Nr. 1.
- 8) Wa-4/94 Neubau der Wehranlage „Große Falle“.

9) BauStr-3/95 Aufschließung der Knoglergründe; Einlösen der zur Straßenerrichtung notwendigen Grundflächen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

10) Präs-439/96 Haushaltsbeihilfe - Schulbeihilfe für Magistratsbedienstete; Neuregelung.

11) Präs-482/96 Dringlichkeitsantrag der F-GR-Fraktion betreffend Beförderungssperre und Zulagenbefristung für befristet bestellte leitende Bedienstete.

12) Fin-66/96 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung; Kinderweihnachtsfeier; Zuschüsse für Prüfungen, Kurse, Theaterkarten, Hochzeiten etc.; Pensionsbetreuung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

13) ÖAG-45/96 Verkauf der Busgarage an Herrn Roland Strauß, 4400 Steyr, Färbergasse 12.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ich begrüße sie, ganz leicht verspätet aber herzlich, zur heutigen GR-Sitzung. Zw. den Fraktionsvorsitzenden wurde vereinbart, daß vor dieser GR-Sitzung, in der wir die normale Tagesordnung behandeln, eine Präsentation der Gedanken der Steyrer Zukunftsakademie stattfindet. Ich begrüße herzlich die Vertreter der Presse und Schüler des Gymnasiums und an der Spitze den Herrn Professor. Die Präsentation nimmt der Herr Gerald Koller vor. Ich würde sie bitten, das Wort zu ergreifen.

**HERR GERALD KOLLER PRÄSENTIERT DAS PROJEKT
„ZUKUNFTSAKADEMIE STEYR“.**

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herzlichen Dank für die Ausführungen über die Steyrer Zukunftsakademie. Ich glaube, daß die Ideen, die Gedankengänge, die Zukunftsvisionen, wenn sie dann ein Stadium erreicht haben, wo es auch um die Umsetzung geht, daß das dann wieder im GR Thema sein wird. Wir werden uns sicher aufmerksam und offensiv mit den Arbeitsergebnissen

auseinandersetzen. In der Zwischenzeit nehme ich an, daß die Einladung - wie sie gesagt haben - der eine oder der andere bei verschiedenen Angelegenheiten aufgenommen hat und auch bei der einen oder anderen Veranstaltung ihrer Zukunftsakademie teilnehmen wird. Herzlichen Dank und Aufwiedersehen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige GR-Sitzung und stelle fest ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Sitzung beginnt erst um 14.30 Uhr, jetzt ist es erst 14.20 Uhr. Das ist um 10 Minuten zu früh.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Zur Geschäftsordnung, die Sitzung wurde für 14.30 Uhr einberufen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach, die Sitzung haben wir für 14.30 Uhr ausgeschrieben. Dann machen wir eine kurze Pause. Ich bin ein Raucherfreund.

Unverständlicher Zwischenruf.

Ich wollte etwas ökonomischer vorgehen.

Pause von 14.20 bis 14.30 Uhr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So meine Damen und Herren, mittlerweile ist es 14.32 Uhr. Hiermit eröffne ich die Sitzung des heutigen GR. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind gemeldet Frau GR Fuchs und der Herr GR Oppl. Nehmen die beiden Herrschaften diese Funktion an. Jawohl, ich bitte sie, dies im Protokoll zu vermerken. Entschuldigt haben sich Herr GR Oberreiter, Herr GR Thummerer und Herr GR Brandstötter.

Zu Pkt 2) darf ich mitteilen, daß keine Anfragen eingelangt sind.

Zu Pkt. 3) darf ich mitteilen, daß Herr LR Hiesl mir kürzlich in einem persönlichen Schreiben mitgeteilt hat, daß die Aufträge für drei Brückenbauten im Zuge der Nordspange ergangen sind. Und daß hier die Bauarbeiten mit kommenden Montag, dem

28.10.1996 aufgenommen werden, sodaß nach einem mühseligen und langen ringen hier diese wichtige Straßen-Brückenverbindung für unsere Stadt gebaut wird. Es gibt natürlich zw. dem Land und dem Bund betreffend der Finanzierung noch verschiedene Auseinandersetzungen oder ein Tauziehen welche Projekte zurückgestellt werden müssen. Wenn wir uns überlegen, wie lange hier die Vorlaufzeit zu diesem für uns so wichtigen Straßen- und Brückenbauwerk war, brauchen wir, glaube ich, kein schlechtes Gewissen haben, daß endlich einmal dieses Projekt „Steyrer Nordspange“, begonnen wird. Wir werden massiv dahinter sein, daß auch die weitere Fortsetzung des Baues in der entsprechenden Zeit und Planung stattfindet. Wir erwarten, daß dieses Brückenbauwerk bis 1999 abgeschlossen ist und in Betrieb geht.

Weiters darf ich mitteilen, daß das Steyrer Altstoffsammelzentrum am 4. Oktober 1996 eröffnet wurde. Der zuständige Stadtrat, Herr Bremm, und der Herr LR Eichinger übernahmen die Eröffnung. An diesem Tag wurde auch ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Es wird auch weiterhin möglich sein, beim WiHof Abfälle zu deponieren. Es werden auch die sehr bürgerfreundlichen Öffnungszeiten beibehalten.

Es ist sehr erfreulich, daß im Jahrgang 1996/97 bereits 102 Fachhochschulstudenten ihr Studium beginnen. Wir liegen somit genau im vorgesehenen Ausbauplan. Wir erwarten ein Heranwachsen auf 320 Studenten. Es ist interessant, daß rd. 60 % der Absolventen von berufsbildenden höheren Schule sind, daß 24 % aus dem dualen Bereich kommen, also mit einer abgeschlossenen Berufslehre und daß 17 % Abgänger einer allgemein höheren bildenden Schule sind. Es kommen rd. 70 % der Studenten aus Oberösterreich, der Rest kommt aus Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Tirol. Ein Student kommt sogar aus dem Ausland, er kommt aus der Bundesrepublik Deutschland.

Betreffend des Finanzmanagements unserer Stadt ist es vielleicht interessant zu wissen, daß wir uns bemühen, mit einem modernen Finanzmanagement Zinsen zu sparen. Dies bringt bereits Erfolge mit sich, es sind beträchtliche Erfolge. Durch die Umstellung der Darlehen vom vorherigen System, welches überwiegend angewandt wurde, nämlich, daß wir uns bzgl. der Zinsgestaltung an der Sekundärmarkttrendite orientieren, haben wir bereits Erfolge erzielt. Durch die Umstellung auf die Viborverzinsung können alleine im heurigen Finanzjahr S 5,9 Mio. an Zinsen eingespart werden. Zu diesem Zweck war es allerdings notwendig, 25 verschiedene Darlehen neu zu verhandeln und nach diesem Viborzinssatz verzinsen zu lassen. Wenn diese Entwicklung gleich bleibt, nämlich die Unterschiedlichkeit zw. SMR- und Viborverzinsung, kann damit insgesamt ein Betrag von nicht weniger als S 27 Mio. eingespart werden. Eines ist dabei noch interessant, nämlich, daß nahezu alle unsere Kreditgeberbanken bereit waren, auf diese neue Verzinsungsform umzustellen. Die Kreditgeber waren gerne bereit, die Kredite der Stadt zu den günstigeren Zinssätzen anzubieten. Die Stadt ist nachwievor für Kreditgeber eine der ersten Adressen. Wie das so in Bankfachkreisen heißt. Erste Adressen sind das Gegenteil von Pleiteunternehmungen, wie man das in letzter Zeit wieder gelegentlich in den Zeitungen lesen konnte.

Erfreulich ist auch der Umstand, daß Gewerbeneuanmeldungen in unserer Stadt nachwievor in hohem Maße zu verzeichnen sind. Es handelt sich natürlich dabei überwiegend um kleine Unternehmungen und Betriebe. Aber immerhin haben wir für die drei ersten Quartale 164 solcher Neuanmeldungen. In diesem Zeitraum wurden weitere 50 Betriebsstätten angemeldet. Es gab auch 4 Standortverlegungen in unsere Stadt, sodaß

in Summe nicht weniger als 218 neue Gewerbeberechtigungen und -erweiterungen erteilt wurden. Wenn man 122 Abmeldungen abzieht, das muß man natürlich tun, um einen Überblick zu bekommen, so stelle ich fest, daß der Nettozuwachs in den ersten drei Quartalen 91 Anmeldungen ausmacht. Das ist ein positiver Trend, der sich hier bereits im dritten Jahr fortsetzt. Ich erwarte im heurigen Jahr einen effektiven Zuwachs von ca. 100 Gewerbeberechtigungen.

Ebenfalls erfreulich ist die Entwicklung am Tourismussektor. Hier haben wir eine gegenteilige Entwicklung gegenüber dem allgemeinen Trend in Österreich. Bei den Nächtigungen können wir in den ersten drei Quartalen auf ein Plus von 8,2 % hinweisen. Auch bei den Ankünften können wir eine Steigerung von 2,4 % verzeichnen. Wenn man bedenkt, daß eine sehr starke Tourismuszeit, nämlich der Weihnachtstourismus, noch vor uns liegt, können wir mit gutem Recht sagen, daß wir heuer ein Rekordjahr haben werden. Natürlich müssen diese Zahlen relativiert werden, wenn man diese Zahlen mit den großen Tourismusregionen vergleicht. Dh, wir haben hier noch sehr viele Potentiale anzusprechen. Wir müssen uns darum gemeinsam bemühen.

Wir haben uns in der letzten GR-Sitzung mit dem Thema „Lehrlinge“ beschäftigt. Wir haben festgestellt, daß dort eine Entwicklung entsteht, die nicht sehr erfreulich ist. Es sind auch in unserer Stadt sehr viele Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen. Die großen Unternehmungen bilden deutlich weniger Lehrlinge aus. Mittel- und längerfristig wird das dazu führen, daß die Attraktivität des Standortes Steyr leidet. Wir haben einen Beschluß gefaßt, auch beim Magistrat mehr Lehrlinge auszubilden. So einfach ist das natürlich nicht. Dafür müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein, zB die Berechtigung dafür. Es ist nicht so, daß wir die Jugendlichen nur einstellen müssen. Nein, sie müssen auch etwas für ihre berufliche Zukunft lernen. Diese Voraussetzungen sind bei uns natürlich nicht optimal. Wir hatten eine gute Ausgangsposition durch die Lehrwerkstätte der Steyrer-Werke, die seit dem Krieg 6000 oder mehr als 6000 Lehrlinge ausgebildet hat. Hier wurden auch Lehrlinge der Steyrer-Nutzfahrzeuge AG ausgebildet, denen gehört sie jetzt auch. Weiters wurden für SAT, SKF, BMW usw. Lehrlinge ausgebildet. Auch hier wurde ein Rückgang festgestellt. In diesem Zusammenhang habe ich an die politisch Verantwortlichen in unserem Land, aber natürlich auch an die Bundesregierung geschrieben. Hiezu habe ich verschiedene Antworten bekommen, zB vom LH-Stellvertreter Hochmair. Er schreibt, daß man sich in der OÖ LR mit diesem Thema beschäftigen wird. Sie werden auch versuchen, Gegensteuerungsmaßnahmen dafür zu finden. Es hat mir auch der Leiter des OÖ Arbeitsmarktservices, Herr Hofrat Dr. Obrovski, zurückgeschrieben. Er teilte mir mit, daß er bereits mit der Leitung der Lehrwerkstätte in Kontakt getreten ist. Es hat der Sekretär des Sozialministers angerufen und sagte, daß hier eine Bundesförderung im Ausmaß von S 6.000,-- pro Monat und Lehrling beschlossen wurde und daß dafür Geld bereit liegen würde. Weiters sagte er, daß aber dieses Angebot für die Steyrer-Nutzfahrzeuge AG nicht attraktiv genug sei. Der Präsident der oö Wirtschaftskammer, der Herr Kaun, hat mir folgendes geschrieben. Er ist von der Qualität der Ausbildung in Steyr überzeugt. Er muß aber die Lehrlingsausbildung auch allgemein im Auge haben. Er hat aber einer Förderungsmaßnahme der Lehrwerkstätte zugestimmt. Man wird sich darum bemühen müssen. Die Steyrer-Werke selber sagen, diese S 6.000,-- Förderung des Bundes sei nicht attraktiv genug. Die Kosten liegen bei der Lehrlingsausbildung ca. beim Doppelten. Es gibt hier Gespräche mit der oö Arbeitsmarktverwaltung und es gibt einige Ansätze, die

vielleicht realisiert werden könnten. Wir werden uns mit dieser Materie möglicherweise auch als Stadt nochmals beschäftigen müssen. Wir sollten die gegenwärtige Situation, so glaube ich, nicht einfach hinnehmen. Wir müssen alles tun, neben der positiven Entwicklung im Schulbereich, an der Spitze die Fachhochschule und all die anderen Schulen, die wir in unserer Stadt haben, daß uns ein anderer Teil der Ausbildung nicht weg bricht. Somit müßten wir mittel- und längerfristig Nachteile für den Betriebsstandort Steyr in Kauf nehmen.

Noch einige Sätze zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosenquote beträgt 6,8 %. Das ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 % Punkte mehr. Wir haben eine konstante, verhältnismäßig hohe Arbeitslosenquote. OÖ ist somit im Spitzenfeld. Es zeigt sich, wie drückend diese Entwicklung von den arbeitslosen Personen empfunden wird. Im Vergleich zu unserer Partnerstadt, wo ich vor ca. 3 Wochen zu Besuch war, ist das ca. die Hälfte. Die haben eine Arbeitslosenrate von über 14 %. In den neuen Deutschen Bundesländern gibt es bis zu 20 % Arbeitslosigkeit. Es zeigt sich, daß alles relativ ist. Wir haben bereits mit dieser Quote hohe Schwierigkeiten. Hier sollte alles getan werden. Am Sektor der Beschäftigungspolitik sollte man in eine Richtung arbeiten, daß es mehr Arbeitsplätze gibt. Eine Hoffnung ist der Umstand, daß es heuer etwas mehr freie Stellen als im Vorjahr gibt.

Das waren meine Berichte meine Damen und Herren. Ich bitte sie unter Pkt. 4) um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und würde dann gleich in die Tagesordnung einsteigen. Frau Vizebürgermeisterin Mach, ich würde sie bitten, ihre Anträge vorzutragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um das Integrationsprojekt für In- und Ausländer „Paraplü“ - Subventionsansuchen für 1996. Diese Organisation bemüht sich sehr, das Zusammenleben zw. In- und Ausländer zu verbessern. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

1) Integrationsprojekt für In- u. Ausländer - „Paraplü“; Subventionsansuchen 1996;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 8.8.1996 wird der Caritas der Diözese Linz zur Fortführung des Projektes „Paraplü“ eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 150.000,-- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/4291/757000.4 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet Herr Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Es steht heute ein Punkt zur Debatte, der wohl gerade im Hinblick auf die letzten Tage sehr diskussionswürdig erscheint. Ich möchte im vorhinein gleich feststellen, daß die Steyrer F-Partei für Integration von integrationswilligen Ausländern in Österreich und insbesondere in Steyr, ist. Wir haben in den letzten zwei Jahren versucht, dieses Projekt mit unserer Stimme und Beiratstätigkeit zu unterstützen. Wir haben von den Verantwortlichen, insbesondere von den Geschäftsführern, in den letzten zwei Jahren sehr wenig positive Reaktion bekommen. Es kann nicht sein, daß endlos lange Sitzungen bei dieser Vereinstätigkeit stattfinden und wo ständig das gleiche Thema, so wie eine Sure im Koran ständig wiedergekaut wird. Hier werden laufend Stellungnahmen von Politikern X, oder Stellungnahmen von Politikerinnen Y abgegeben. Diese werden anschließend gegenseitig aufgerechnet, und wenn man ein Haar in der Suppe findet, dann wird anschließend stundenlange darüber diskutiert. Das geht am Thema vorbei, insbesondere dann, wenn zur späteren Stunde Einzelproblemfälle diskutiert werden. Unter Integration verstehen wir „Freiheitlichen“ etwas anderes. Unter Integration verstehen wir, daß diese ausländischen Mitbürger, Steyrer bzw. Österreicher werden können. Dh, daß man Möglichkeiten schafft, daß sie unsere Sprache erlernen können und unsere Kultur kennen und erlernen können. Ich halte nichts davon, wenn man sagt, wir haben die Hausordnung der GWG auf bosnisch, türkisch und albanisch und im Fall der WAG auf bosnisch und türkisch übersetzt. Davon halte ich eher wenig. Ich würde sagen, daß eher der umgekehrte Weg richtig ist. Man versucht, daß diese Leute uns verstehen., und daß sie sich unseren Bedingungen anpassen. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß man das hier ganz offen ausspricht. Wir haben dbzgl. eine Einladung im Frühjahr dJ an die Geschäftsführerin ausgesprochen. Wir haben uns dbzgl. mit der Dame unterhalten. Wir haben unsere Bedenken erstmals intern geäußert. Es kam leider keine Reaktion oder eine Gegendarstellung udgl., von diesem Verein. So faßten wir letzte Woche den Entschluß, diese Tätigkeit dieses Vereines nicht mehr zu unterstützen. Ich meine, der Aufwand und der Nutzen passen hier nicht mehr zusammen. Ich möchte jetzt nicht Öl ins Feuer gießen, weil ich weiß, daß hier die Problematik sehr schwer ist. Ich weiß, daß der Vereinsvorstand selbst mit den Gegebenheiten im Verein auch nicht zufrieden ist. Ich möchte hier noch sagen, wenn sich die Situation in diesem Verein ändert, sind wir selbstverständlich gerne bereit, dieses Projekt weiter zu unterstützen. Aber unter den derzeitigen Voraussetzungen sehe ich keinen Grund. Wenn man die Presse zitiert (Standard vom 17.10.1996), hier wurden Auszüge aus einer internen Besprechung zitiert, das ist sehr interessant. Darum kann ich es auch hier im GR zitieren. Es stand in der Presse, entschuldigen sie im Standard. Hier steht, die „Freiheitlichen“ bezeichnen das „Paraplü“ als Selbstdarstellungsverein, den sie aber gerne für Interventionen benützen. Ich frage mich, wenn das Intervention ist, wenn man aufzeigt, wo die Probleme liegen, dann habe ich mit diesem Verein wirklich Probleme und erst recht, wenn dann solche Meldungen in der Presse landen. Ich habe auch die Proponenten eingeladen, einmal in die Sprechstunde zu kommen. Ich habe ein Beispiel von heute. Ich möchte kurz die Problematik von der Dieselstraße vorstellen. Die Herrschaften haben versucht - vergeblich versucht - mit der Geschäftsführung der GWG hier ins Einvernehmen zu

kommen, weil sich eben hier das Einvernehmen zw. den Bräuchen der Ausländer mit unserer Lebensart einfach nicht herstellen läßt. Wenn dort im Keller, so wörtlich, Schafe eingesurt werden und somit eine starke Geruchsbelästigung und dadurch eine Rattenplage entsteht und dann die GWG sagt, da können wir leider nichts machen, weil hier die Hausordnung nicht gilt, finde ich das nicht richtig. Ich kann ihnen dann Namen und Adresse der Herrschaften geben, Herr Stadtrat. Wenn sich diese Dame dann höflich mit den Ausländern auseinandersetzt, und sie dann höflich aber bestimmt beschimpft wird, mit den Worten: Jawohl Frau Haider - sie heißt nicht Haider - und jawohl sie Nazi ... Das ist die Problematik, worum es hier geht. Hier sehe ich leider von diesem Verein sehr wenig Unterstützung. Sie sollten in die Problembereiche Steyrdorf und insbesondere Resthof hinein-schauen und sagen, wir machen vor Ort etwas, nämlich Integration für integrationswillige Ausländer. Da haben sie dann meine ganze Unterstützung. Aber diesem Verein können wir die Unterstützung zur Zeit nicht mehr geben und daher werden wir diesem Antrag nicht die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht weiter das Wort? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR, sehr geehrte Gäste. Es mag schon sein, daß das eine oder andere in der Arbeit des Paraplü, des Integrationszentrums für In- und Ausländer geändert werden muß. Das ist meistens so, wenn eine sehr schwierige Arbeit begonnen wird, dann treten Schwierigkeiten auf, die man versuchen muß, zu lösen. Es gibt sicherlich immer gescheiterte, die es immer besser wissen werden. So wird es immer sein, und so ist es auch beim Verein „Paraplü“. Das möchte ich einleitend sagen. Den ersten Satz, auf den Hinweis auf die letzten Tage, den habe ich nicht verstanden. Ich verstehe weiters die Ablehnung des heutigen Antrages nicht, wo wir doch vor 2 ½ Jahren einstimmig im GR für drei Jahre diese Förderung des „Paraplü“ - Integration für In- und Ausländer beschlossen haben. Daher meine ich, müßten wir in Folge dieses Beschlusses diesem Antrag wenigstens diesmal noch zustimmen. Ich könnte jetzt die ganze Arbeit des „Paraplü“ aufzählen. Natürlich sind das keine Weltleistungen, natürlich ist das Kleinarbeit. Ich meine, daß das „Paraplü“ eine wesentliche Aufgabe der Kommune übernommen hat. Es wäre im wesentlichen Aufgabe der Gemeinde. Wir haben die Aufgabe der Integration einem Verein einer Gruppe übergeben und versprochen, ihm finanziell beizustehen. Ich meine, daß die Konfliktregelung zw. In- und Ausländern eine sehr wichtige Aufgabe ist. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß die Kontakte zw. den einzelnen Gruppen der Ausländer und den einzelnen Gruppen der Inländer hergestellt werden müssen. Meiner Meinung ist es sehr wichtig, daß interkulturelle Stammtische veranstaltet werden. Natürlich sind das keine großen Themen, die man in „marktschreierischer“ Art und Weise verkünden kann. Das ist Kleinarbeit, das ist Kleinarbeit die sicherlich in Sitzungen immer wieder überlegt und besprochen werden muß. Es muß überlegt werden, wie wir das für die Bürger unserer Stadt lösen können. Es

ist wichtig, daß wir unsere Kultur, aber auch die Kultur der Ausländer verstehen lernen, damit wir uns und den Ausländern das Miteinander erleichtern. Wenn wir einander nicht kennen, dann verstehen wir einander nicht und dann ist es nicht möglich, daß wir miteinander einen Weg in unserer Stadt finden. Dann kommen die ganz einfachen Dinge, wie zB die Übersetzung der Hausordnung. Was hilft es, wenn ich jammere, daß mein Nachbar seine Decke auf dem Balkon ausschüttelt, wenn der es nicht versteht, daß er das nicht darf. Das muß ich ihm übersetzen. Es ist meines Erachtens sehr wichtig gewesen, daß das Integrationszentrum die Problemmüllsammlung übersetzt hat. Somit wissen sie, was wo hingehört. Wie sollen das die Leute verstehen, wie sollen sie sich dabei auskennen. Es ist sehr wichtig, daß diese Leute das verstehen. Ein weiteres Beispiel sind die Einladungen zu den Impfungen, das ist ebenfalls sehr wichtig. Man muß den Leuten helfen, damit sie sich auskennen. Natürlich müssen wir ihnen auch Möglichkeiten bieten, damit sie unsere Sprache erlernen. Man muß sie ermutigen, unsere Sprache zu lernen. Man muß ihnen helfen, unsere Gesetze zu verstehen und zu wissen. Dies zusammen erwarten wir von dieser Institution. Es soll sich eine Erleichterung für die In- und Ausländer ergeben, damit wir in unserer Stadt gemeinsam leben können. Damit wir uns gegenseitig nicht verärgern und uns somit das Leben schwer machen. Ich meine, die Aufgabe des Integrationszentrums ist eine ganz wesentliche. Ich bitte sie, diesen Antrag heute zu unterstützen und nächstes Jahr wiederum diese Förderung ganz genau zu überprüfen. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke auch. Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrte Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Mit einer Regelmäßigkeit so wie die Feiertage kommt um diese Zeit der Antrag zur Unterstützung des Vereines „Paraplü“ auf die Tagesordnung. Mit derselben Regelmäßigkeit kommt es zu einer kontraversiellen Diskussion über diesen Verein. Es ist für mich erfreulich, Herr Dr. Pfeil, daß sie einmal von ihrer Seite aus mit einer Eindeutigkeit - wie wir sie bis jetzt noch nie gehört haben - über Integration sprechen. Um so mehr bin ich verwundert, wenn sie dann das Handtuch werfen und nicht verstärkt versuchen, ihre Meinung, ihre Ideen einzubringen, um das Vorhaben auch zu verwirklichen. Da entbehrt sich für mich nicht der Verdacht, daß diese Aussagen nicht ganz ernst gemeint sind. Zur Sache selbst könnte ich nur meine sehr ausführliche Wortmeldung aus dem vergangenen Jahr zitieren. Nachdem ich weiß, daß die Protokolle von Seiten der F-Partei zu diesem Thema sehr genau gelesen werden, gehe ich davon aus, daß ihnen meine Aussage bekannt ist. Ich werde mir aus zeitökonomischen Gründen diese Wiederholung ersparen. Ich möchte hier in meinem Namen, aber auch im Namen der SP-Fraktion eindeutig festhalten, daß die Aktivitäten zur Integration von ausländischen Mitbürgern für uns keine Alibihandlungen darstellen. Wir identifizieren uns voll mit dem Gedanken der Integration. Ich möchte auch betonen, daß das Zusammentreffen verschiedener Kulturen für unsere Stadt nützlich und förderlich sind. Diese Aussage habe ich auch bei der Veranstaltung am 15.10.1996

im Casino gesagt. An dieser Veranstaltung haben ca. 200 ausländische MitbürgerInnen teilgenommen. Wenn man die Rücklaufquote für solche Veranstaltungen kennt, dann kann man sagen, daß das weit über 10 % der angeschriebenen Personen liegt. Das ist als ein sehr großer Erfolg anzusehen. Ich möchte hier dem Verein „Paraplü“ für die gelungene Veranstaltung gratulieren. Ich finde, daß diese Form, mit den ausländischen Mitbürgern in Kontakt zu treten, um ihre Sorgen und Wünsche zu erfahren, ein richtiger Weg ist. Als Ergebnis dieser Veranstaltung wurden verschiedene Arbeitskreise installiert, wo diverse Themen mit Unterstützung des Vereins-vorstandes diskutiert werden. Es wird auch versucht, Modelle die das Zusammenleben erleichtern, zu finden. In diesem Zusammenhang sehe ich auch sehrwohl die Möglichkeit, daß Inländer ihre Punkte vorbringen, die sie stören. Hier wird sicherlich einiges aus dem Resthof kommen. Man muß die Leute darauf aufmerksam machen, daß sie in einem Land leben, welches sich wesentlich in der Mentalität unterscheidet, als das aus dem sie kommen. Man muß ihnen nahebringen, daß es erforderlich ist, sich in gewisser Weise unserer Mentalität anzupassen. Aber generell alle Ausländer zu verurteilen und das zum Anlaß zu nehmen, in diesem Projekt nicht mehr mitzuarbeiten, das halte ich nicht für den richtigen Weg. Aus diesem Grund ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir diesem Antrag natürlich unsere Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung, Herr StR Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe KollegInnen des GR. Ich bin etwas überrascht, daß sie, Herr Dr. Pfeil gesagt haben, daß die Geschäftsführung bekundet hat, hier nichts machen zu können. Das ist etwas eigenartig. Ich habe mich erst heute mit der Geschäftsführung getroffen und wir haben Fragen, die den Resthof betreffen - es betraf nicht die Ausländer - besprochen. Es ging auch um die Hausordnung, sie soll auch verstanden werden. Sie soll auch in dieser Sprache verfaßt sein, aus der diese Leute kommen. Sie müssen die Hausordnung auch wirklich kennen. Mir wurde von den Geschäftsführern gesagt, daß sie in allen Fragen den Betreuer angewiesen haben, alle dbzgl. Diskussionen zu deponieren. Ich gebe ihnen recht, daß das Einsuren von Fleisch im Kellerabteil oder in den Garagen usw. nicht statthaft ist. Das möchte ich gleich dazu sagen. Es gibt genug Problemstoffe, die im Keller gelagert werden, da brauchen wir nicht solche Dinge auch noch. Dies führt zu zusätzlicher Ärgernis. Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn sie die Geschäftsführung davon sofort unterrichtet hätten, schon in ihrer Position als Eigentümerversreter. Es wäre zweckmäßig gewesen, auch mich sofort davon zu unterrichten. Ich war erst heute wieder im Resthof, bevor ich zur GR-Sitzung gegangen bin. Ich wäre daran interessiert gewesen, dies sofort zu besichtigen oder auch sofort, wenn es notwendig gewesen wäre, zu beheben. Ich glaube, es ist ein Thema von vielen, es ist aber gut, dieses Integrationsprojekt weiterlaufen zu lassen. Vielleicht gibt es oft nicht die richtigen Argumente. Einmal vom Projekt selber, aber möglicherweise auch von uns. Hier sollten wir den Weg bzw. die richtige Sprachregelung finden. Ich habe in den letzten Tage über

das Jahr 1957 gelesen, wo Österreich erst ein Jahr von der Besatzung frei war. Wo die Ungarn emigrierten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war 1956.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Entschuldigung 1956. Wo die Ungarn ausgesiedelt bzw. geflüchtet sind. Wo wir fast nichts hatten und über unser Land eine Überbevölkerung hereinkam. Damals mußten wir dies auch bewältigen. Zu dieser Zeit war ich ein junger Bursche von 16 Jahren. Ich kann mich noch gut erinnern. In diesem Zusammenhang habe ich mir auch öfter die Frage gestellt, ob das gut gehen wird. Ich meine, das möchte ich aber wirklich behaupten, daß wir es wunderbar geschafft haben. Auch das, was jetzt auf uns zukommt, - mit den heutigen Möglichkeiten, - sollten wir schaffen. Wir sollten uns das Projekt „Paraplü“ zu Hilfe nehmen. Ich glaube, daß es möglich ist, wenn wir gemeinsam Hand anlegen, diese Probleme zu lösen. Ich möchte das nicht verallgemeinern, es gibt auch Österreicher, die ihren Mitbewohnern immer wieder Ärgernis bereiten. Da werden wir auch sehr oft angerufen. Das möchte ich in den Vordergrund stellen. Man sollte nicht immer auf die Ausländer zeigen, man muß die Probleme dort allgemein lösen. Wenn es Ärgernisse gibt, dann müssen wir sie abstellen. Das ist eine Aufgabe, die wir alle gemeinsam lösen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR. Ich muß mich wirklich wundern - wirklich wundere ich mich nicht - bundesweit wird von der F-Partei auf die Integrationsbremse gestiegen und plötzlich hört man so Flötentöne, wie zB wir sind für Integration. Der Herr Karl May hätte ihnen bestimmt schon den Namen Häuptling „Gesplante Zunge“ gegeben. Lieber Herr Dr. Pfeil, ganz so sicher bin ich mir nicht, was sie da so behaupten. Einerseits möchten sie eher auf die Integrationsbremse steigen und andererseits sprechen sie von integrationswilligen Ausländern, deren Wünsche von Steyrer-Bürgern in keinsten Weise erfüllt wurden. Hier paßt etwas nicht zusammen. Es ist zu beobachten, daß alles, was konkrete Formen annimmt in ihrer Wahrnehmung, unter Umständen bedrohlich sein könnte. Das steht, glaube ich, auch dahinter. Alles, was konkret wird, alles, was in Richtung human geht, ist für sie ein Dorn im Auge. Hier könnte unter Umständen etwas

Konstruktives passieren und darum sagen sie, da tun wir nicht mehr mit. Ich habe, was ihre Mitarbeit bei diesem Beirat betrifft, eine ganz andere Wahrnehmung. Ich hätte geschätzt, daß der Kollege Payrleithner in diesem Beirat sitzt und sehr kantige Aussagen tätigt. Ich hatte aber nie das Gefühl, daß er mit der Arbeit dieses Beirates nicht zufrieden gewesen wäre. Er hat schon gesagt, was ihm dort und da nicht paßt. Da sind wir dann aber zusammen gesessen und haben darüber diskutiert, was uns nicht paßt. Wenn sie sich jetzt verabschieden, ist das ein deutlicher Hinweis darauf, daß, wenn man etwas arbeiten muß, und es etwas schwierig wird, sie immer rechtzeitig aussteigen. Dh, irgendwie wird es ihnen dann zuviel und politisch könnten sie unter Umständen auch eine darauf bekommen. Dann bremsen sie die Mitarbeit einfach aus. Es ist nicht nur bei diesem Thema so, man merkt die gleiche Vorgangsweise auch beim Budget. Was äußerst schwierig ist, und das ist auch der Kernpunkt bei dieser ganzen Frage, daß man diesen ganzen „Propagander-müll“, der bei dieser Frage von bestimmter Seite ständig produziert wird, einmal wegräumen muß, um zu den Kernfragen zu kommen. Das ist die Geschichte, die wirklich lähmt. Vor kurzem sagt eine Frau auf der Straße zu mir: Du „blöder Grüner“, ich habe höheren Ortes von der „F“ gehört, im Resthof bekommen die Ausländer kostenlos eine Wohnung. Auf meine Frage - ich habe mir die Frage nach dem „blöden Grünen“ gespart - von wem sie das hätte, antwortete sie mir, das habe ich vertraulich gehört und das sage ich ihnen nicht. Das verstehe ich unter „Propagandamüll“, der dort gemacht wird. Das ist nicht nur ihre Partei, es gibt sicherlich auch jenseits von rechts Leute, die so etwas kollaborieren. Eines ist mir auch noch unklar, nämlich diese Interventionsgeschichte, die im Standard stand. Ich dachte, wenn man von Mensch zu Mensch mit Problemen konfrontiert wird, egal welcher Farbe man angehört, oder welches politische Ideal man verfolgt, daß dann die Probleme einfach spürbarer werden, als wenn man sie aus einem gewissen Abstand sieht. Wenn man sich aus dem Beirat entfernt, dann bekommt man einen gewissen Abstand und dann kann man auch etwas behaupten, was unter Umständen auch nicht stimmt. Es wurde von ihrer Seite, von ihrer Partei, sehr oft auch im Beirat, interveniert. Ich möchte bewußt keine Namen nennen, da ich das menschlich beachtlich finde. Es wurde interveniert für einen Herren mit einem straffälligen Sohn, daß er nicht abgeschoben wird. Es wurde seitens ihrer Fraktion auch höheren Ortes interveniert. Es wurde versucht, eine Arbeitsbewilligung zu bekommen, obwohl er keine mehr bekommen hätte usw.. Das sind Dinge, die passieren, wenn man bei der Sache dabei bleibt, wenn man menschlich von dieser Sache berührt wird. Wenn man aber einen gewissen Abstand zu dem ganzen hat, dann kann man leichter etwas behaupten. Integrationsarbeit ist vielleicht für sie schlecht, weil das Köcheln bei bestimmten Bevölkerungskreisen dann aufrecht bleibt und das dann politisch spürbar ist. Ich glaube aber, daß das ein Trugschluß ist. Wer nicht für die Integration von Ausländern und die Aufarbeitung von Problemen ist, der ist auch nicht für die Inländer, die mit diesen Problemen konfrontiert sind. Unter Umständen kann man politisch sehr lange überleben, wenn man versucht, Probleme einfach zu unterdrücken bzw. noch zu schüren, wie zB „blöder Grüner“. Auf der anderen Seite denke ich mir, die Personen, die es wirklich betrifft, zB den Herrn Maier, der gegenüber von Herrn Mohammed usw. wohnt, ständig zu verlassen und nicht zu unterstützen, keine Probleme zu bearbeiten und keine Strategien zu entwickeln, wird bald sagen, ihr sitzt hier und welche Lösungsstrategien habt ihr jetzt herausgefunden? Es gibt bis heute noch keinen Zettel mit Vorschlägen der F-Partei und sie flöten da, sie sind für Integration. Meine Meinung ist, wer nicht für Integration ist, der ist auch nicht für die Inländer. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung. Die zweite Wortmeldung vom Herrn Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Da muß ich natürlich einen kleinen Rückblick auf meine Vorredner machen. Ich mache es der Reihe nach. Herr Oppl, wenn sie gestatten, beginne ich mit ihnen. Es ist nicht richtig, wenn sie sagen, wir haben von Anfang an diesen Verein nicht unterstützt. Wir haben von Anfang an das Integrationszentrum und die Bemühungen für eine Integration unterstützt. Dies ist nachlesbar und beweisbar. Wir haben bis jetzt auch immer zugestimmt. Auch immer mit dem Hinweis, daß dieses Thema richtig und wichtig ist. Ich möchte sagen, wir haben auch nicht - so wie sie behauptet haben - alle Ausländer verurteilt. Das haben wir auch nicht. Ich möchte dies nicht so einfach im Raum stehen lassen.

Zum Herrn Tatzreiter möchte ich auch etwas sagen. Herr Tatzreiter, es ist richtig, daß ich gestern - ich habe es nicht getan - nicht die Geschäftsführung der GWG angerufen habe. Gestern! Ich habe es vor 14 Tagen gemacht. Ich habe auch versucht, sie zu erreichen. Die Geschäftsführung habe ich erreicht, nur leider habe ich sie nicht erreicht. Ich habe auch gestern wieder eine massive Beschwerde bekommen. Ich habe deshalb auch bei der Geschäftsführung angerufen, weil der Herr Stadtrat für den Bürger einfach nicht erreichbar war bzw. ist. Ich habe das gestern deponiert.

Unverständlicher Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich hätte es nicht einfach so gesagt, Herr Stadtrat Tatzreiter, wenn es nicht eine Tatsache wäre. Können wir darüber reden. Ich habe gestern in der GWG angerufen und habe einen Beamten gebeten, daß er mit ihnen sprechen soll. Der Staatsbürger wird am Freitag anrufen, um mit ihnen einen Termin zu vereinbaren. Er versucht schon seit Monaten, einen Termin mit ihnen zu vereinbaren. Das ist so. Darüber kann man nicht streiten. Zur Ungarneinwanderung, Herr Stadtrat Tatzreiter, möchte ich noch etwas sagen. Das sind zwei gänzlich unterschiedliche Dinge. Ich glaube 1956 waren es - bitte berichtigen sie mich, wenn es nicht ganz stimmt - ca. 300.000 Flüchtlinge, die damals in kürzester Zeit nach Österreich geströmt waren. Ich war damals ein ganz kleiner Junge, ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie die Flüchtlingsströme am Bahnhof angekommen sind und welche Probleme auf die Bürger zukamen. Da gab es eine Welle der Hilfsbereitschaft. Aber das war eine vorübergehende Maßnahme. Die wenigsten Flüchtlinge sind länger im Land geblieben. Die meisten sind nach kurzer Zeit in ein Drittland, wie zB Canada, Südafrika, Australien usw. weitergegangen. Somit war das Problem der Ungarn-

Flüchtlinge nach kurzer Zeit bewältigt. Ich kann mich auch erinnern, wie wir in der Stelzhamerstraße das Flüchtlings-lager - so haben wir es genannt - für bosnische Flüchtlinge adaptiert haben. Der damals zuständige Stadtrat hat seinerzeit im Frühling gesagt, das dauert bis Weihnachten und nicht länger. Jetzt sind ca. 4 Jahre vergangen und es besteht noch immer. Zusätzlich ist der Krieg schon seit einiger Zeit aus. Hier besteht ein Nachholbedarf, daß man hier die Probleme löst. Zum Herrn Apfelthaler möchte ich auch noch etwas sagen. Ich weiß nicht, Herr Apfelthaler, warum sie glauben, sie haben die ganze Wahrheit gepachtet und nur was sie sagen ist richtig und wahr. Ich finde es auch sehr eigenartig, daß sie ein persönliches Schreiben zitieren, welches wir an den Vorstand des Paraplü geschrieben haben. Daß sie das hier im GR zitieren, bzw. gibt es davon Auszüge - gefälscht oder geändert - in der Presse. Es ist sehr interessant, wie man es mit der Demokratie hält. Es ist eine böse Unterstellung, wenn sie sagen, wenn es zum Arbeiten wird, steigen die „Freiheitlichen“ aus. Herr Apfelthaler, wir waren beim Integrationszentrum von der ersten Stunde an dabei, und haben uns bemüht, alles auf die Schienen zu bekommen. Ich habe mich mehr engagiert als sie glauben, bzw. wahrhaben wollen. Im gleichen Zug frage ich sie, wo sind sie denn bei den Ausschüssen? Da war in letzter Zeit von den Grünen auch keiner mehr zu sehen. Der Verkehrsausschuß ist ein Beispiel dafür.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist Thema des nächsten Beirates. Wieder der übliche Schmä. Schon wieder der „Lavendel-Schmä“. Das probieren sie doch schon seit 2 Jahren, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie sagen das so locker, und wenn es für sie unangenehm wird, sagen sie, das ist ein „Lavendel-Schmä“. Gerade was das Arbeiten betrifft, sind die „Grünen“ nicht sehr auf der Matte. Da sind sie meist entschuldigt oder nicht anwesend, oder sonst wo.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kollegen und Kolleginnen des GR. Nachdem mich der Kollege Apfelthaler auch namentlich zitiert hat, darf ich doch einige Dinge ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber positiv.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hast nicht aufgepaßt, positiv.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Darf ich doch noch einige Dinge ins rechte Licht rücken. So kann man das nicht im Raum stehen lassen.

Allgemeines Gelächter.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein bißchen was.

Ordnungsruf.

Am Wort ist der Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich glaube, man kann zu der heutigen Ausländerpolitik stehen, wie man will. Ich glaube, es ist aber absurd. Ich glaube, es gibt keine andere Fraktion, die gerade in der Ausländerfrage eine solche soziale Linie in den letzten Jahren hatte, wie wir. Darum verstehe ich ihre Äußerungen überhaupt nicht. Das muß ich ganz klar sagen. Wir haben uns immer darauf bekannt, daß die anständigen und tüchtigen Ausländer, die schon lange Jahre hier und integrationswillig sind, unsere volle Unterstützung haben. Das ist wohl selbstverständlich und das weiß jeder, der uns als Funktionäre kennt. Wir sind nicht für eine zügellose Zuwanderungspolitik wie das von manchen linken Teilen der SPÖ, mit dem Herrn Einem als Innenminister, in Österreich forciert wird. Das ist eine völlig unverantwortliche Politik und für die sind wir nicht zu haben. Da haben wir immer eine ganz klare Sprache gesprochen, Herr Apfelthaler. Uns dies vorzuwerfen, das entspricht einfach nicht der Tatsache. Zum Integrationsbeirat selber möchte ich auch noch etwas sagen. Wie der Herr Dr. Pfeil schon ausführlich berichtet hat, hat er dort einige Jahre mitgearbeitet. Wenn man die Protokolle dieser Sitzungen genauer ansieht, habe ich unsere Meinung immer persönlich vertreten. Wir haben immer gesagt, daß unsere Fraktion diesen Dingen eher skeptisch gegenübersteht. Wir schauen uns das an und sind

auch bereit, dort mitzuarbeiten, wenn etwas Konkretes dabei herauskommt. Jetzt sind wir zu einem Punkt gekommen, wo wir eigentlich sagen müssen, da kommt nichts heraus. In der Sache selber geht sehr wenig weiter. Drei Sitzungen lang beschäftigt man sich nur mit den Statuten. Eine Sitzung ging darüber, warum die Frau Mach angeblich jemanden nicht eingeladen hat. Darüber wurde stundenlang diskutiert, also wirklich eine sinnlose Sache. Der Kollege Tatzreiter - ich bin sehr erfreut, daß du heute etwas gesagt hast - bestätigt unsere Argumente in der Ausländerpolitik. Es gab nicht nur das Jahr 1956. Es gab auch die Tschechenkrise und den Krieg in Polen. Österreich hat all dies bravourös gemeistert. Es ist für uns unverständlich, daß gewisse Kreise - ich weiß, da stehen andere politische Absichten dahinter - die Inländer grundsätzlich als ausländer-feindlich hinstellen. Das kommt öfter vom linken Rand der SPÖ. Ich nehme nicht an, daß du dort dazugehörst. Das kommt von den Alternativen, die sind es gewöhnt, daß ihre zum Teil hoch subventionierten Staatskünstler die Österreicher beschimpfen. Der Herr Roth hat erst vor kurzem gesagt, daß das genetisch bedingt sei, daß die Hälfte der Österreicher sowieso Nazis und ausländerfeindlich sind usw. Das ist wirklich nur Blödsinn. Zum Beirat selber möchte ich noch sagen, sollte es sich wieder einmal ändern, dann bin ich gerne wieder bereit mitzuarbeiten. Unter den derzeitigen Umständen sehen wir sehr wenig Sinnhaftigkeit darin.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Kollege Tatzreiter hat sich nochmals zu Wort gemeldet.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Nur zwei Anmerkungen bitte. Ich bin überhaupt nicht beleidigt, wenn der Herr Dr. Pfeil meint, der StR Tatzreiter ist überhaupt nie zu erreichen. Vielleicht kann ich ihm nun das Gegenteil beweisen. Das werden ihnen auch, - wenn sie sich etwas umhören - andere bestätigen. Das ist jetzt aber nicht das Thema. Entscheidend ist für mich das Thema. Sie haben gesagt, daß die Ungarn nur kurze Zeit da waren. Das stimmt nicht ganz. Wir haben am Tabor eine ganze Siedlung mit Unterstützung des Innenministeriums gebaut. Dort gehören immer noch einige Wohnungen dem Innenministerium zur Zuweisung. In diesem Zusammenhang meine ich, daß es in Österreich viele solcher Siedlungen gibt. Ich bin darüber froh, daß es so funktioniert hat. Diese Personen haben sich bravourös integriert. Wir hatten damals viel weniger Möglichkeiten und dennoch waren wir gewillt, auch diese Leute zu unterstützen. Es war sicherlich eine schwierige Zeit. Wie auch jetzt, aber die Jugoslawen sind nicht nur zum Arbeiten gekommen, sondern mußten durch den Kriegszustand auch flüchten. In diesem Zusammenhang sollten wir nicht sehr klassifizieren. Wir sollten versuchen, eine gemeinsame Sprachregelung zu finden. Ob die Person jetzt italienisch, englisch, jugoslawisch usw. spricht, sollten wir trotzdem versuchen, eine gemeinsame Sprachregelung zu finden, um gemeinsam und nebeneinander leben zu können. Das möchte ich nur gesagt haben. Glauben sie nicht, daß alle 300.000 die nach Österreich kamen, wieder weitergefahren sind. Das stimmt schon, daß sie weitergefahren sind, aber es ist noch eine große Zahl dieser Personen in Österreich. Heute sind sie integriert und man kennt sie fast nicht auseinander. Das

möchte ich nur gesagt haben. Danke.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, werte Gäste, werte junge Freunde. Es wurde 1956 zitiert: Ungarn flüchteten nach Österreich. Argument: Hat nicht sehr lange gedauert. Dieses Argument ist meines Erachtens zwar auf der einen Seite richtig, aber auf der anderen Seite liefert es bereits das Argument für die folgende Betrachtung. Ich glaube, je länger so ein Problem dauert, je länger man sich mit diesem Problem beschäftigen muß, desto größer werden die Gesamt-probleme. Desto größer werden die Reibungsflächen. Und natürlich werden aufgrund der verschiedenen Mentalitäten die Konflikte stärker. Genau dieses Argument liefert den Grund dafür, daß man solche Vereine für die Zukunft brauchen wird. Ich stimme vollkommen überein, mit einer gewissen kritischen Betrachtung, daß gewisse Arbeitsabläufe in so einem Verein bis zu einem gewissen Grad kontrolliert werden müssen. Die Stadt als Subventionsgeber muß das Recht haben, hier Einsicht nehmen zu können. Das ist keine Frage. Eines muß aber in aller Deutlichkeit gesagt werden. Es handelt sich um ein Integrationsprojekt und nicht um ein Adaptierungsprojekt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Dr. Tilman Schwager, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich nicht verstanden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nicht einmal Integrationsprojekte möchte man adaptieren.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Bevor ich jetzt ein Thema aufgreife, das schon wiederholt angeschnitten wurde, möchte ich dem Herr StR Tatzreiter für seine moderate Betrachtungsweise dieser wirklich defizienten Thematik danken. Er ist auch einer, der in seiner Jugend das ganze Ungarnproblem miterlebt hat. Die jüngeren Gemeinderäte - es ist schön so - kennen diese Geschichte vielleicht nur mehr aus der Geschichte. Ich war damals im Herbst 1956, es ist fast auf den Tag genau 40 Jahre her, ein feuriger Erstsemestler an der Uni Wien. Wir sind damals mit der österreichischen Hochschülerschaft in Verbindung mit dem Roten Kreuz nach West-Ungarn gefahren, um zu helfen. Wir kamen bis Raab, um von dort mit einem großen „Muffengang“ wieder von den Russen davonzulaufen. Daß Österreich nach dem Zusammenbruch der Ungarischen-Revolution beachtenswertes geleistet hat, wurde hier bereits wiederholt gesagt. Es soll in der Weise, wie es geschehen ist, lobend hervorgehoben werden. Wir hatten damals eine etwas anders schichtige Flüchtlingswelle, die grob mit der heutigen jugoslawischen zu vergleichen ist. Im Jahr 1956 sind die Reste des Chaos von 1944 und 1945 hervorgetreten. Es kamen die überlebenden Volksdeutschen aus dem Banat. Vorallem kamen, es gibt sie bis heute im Wienerbereich, hoch intelligente Personen, man nennt sie auch Intellektuelle. Es kamen auch sehr viele Personen aus dem Mittelstand. Es kamen wenig Personen von anderen sozialen Schichtungen, ich bitte sie, das jetzt nicht mißzuverstehen. Für viele war Österreich wirklich nur ein Durchzugsland. Wir haben den Ungarn gerne geholfen, schließlich sind sie uns aufgrund langer geschichtlicher Verbindung sehr gleich. Sie sind unserem Wesen sehr ähnlich und sind uns dadurch von vornherein unterstützungswürdig erschienen. Das war auch schon 1945 so. Dazu kommt noch etwas. Der Bereich Bosnien-Herzegowina ist, wenn jemand einen Großvater hat der im ersten Weltkrieg und auch noch in der Monarchie gedient hat, nicht unbekannt. Wir dürfen nicht denken, daß Österreich und Ungarn bis 1914 kriegsfrei war. Es gab 1908 die Okkupation von Herzegowina. 1914 war eine Folge von 1908. Und 1908 war eine Geschichtsfolge der Türkenkriege und nichts anderes. Diese Spannungen wurden durch eine Okkupation einmal befriedet. Wer nicht aus der Geschichte lernte, daß war unsere Regierung in der Zeit von 1941 bis 1945. Man erlitt in einer Art und Weise Schiffbruch, wie man ihn nur dort erleiden kann. Man wußte einfach nie, wer gerade gegen wen war. Das werden uns Militärhistoriker bestätigen. Das ist tragisch für die Bevölkerung. Aber diese Art der Mentalität ist natürlich irgendwo geblieben. Es blieb leider der Haß zw. den einzelnen Volksgruppen und das führte jetzt zu einer Welle von Flüchtlingen, die zu den Gastarbeitern noch dazu kommt. Jetzt zur Frage: Integration? Ich habe selbst, soweit es die Zeit erlaubt hat, an dieser Veranstaltung im Casino teilgenommen. Die Einladung dazu habe ich 5 Tage vorher bekommen. Am 15. war die Veranstaltung und am 10. lag die Einladung dafür im Postkasten. Wenn man dann am Abend nach Hause kommt, kann man nicht mehr so leicht zwei unterschiedliche Veranstaltung disponieren. Ich habe aber soweit es ging zugehört. Ich mußte aus Zeitgründen ablehnen, ein Statement abzugeben. Ich hätte es vielleicht in so einem Englisch bewältigt, wie in der Ausschreibung. Dazu hatte ich aber keine Zeit. Den Rücklauf, den sie mir mit ca. 200 Teilnehmern nannten, ist interessant. Ich weiß aus jüngster Erhebung von den Zuständigen der Bundespolizeidirektion, und zwar sind da die Abteilungen 1 und 4, daß wir in Steyr 4.600 Ausländer haben und 470 Flüchtlinge. Also ist die Anzahl wesentlich höher, als die, die sie uns jetzt genannt haben. Wie Herr Dr. Pfeil in seiner Eingangsstellungnahme zu dem Antrag schon gesagt hat, wenden wir uns gegen die, die integrationswillig sind, am wenigsten. Die integrationswilligen Ausländer gehören, wo es nur geht, unterstützt. Der Integrationswille fängt dort an, wo es am einfachsten ist. Man beginnt die Sprache

des Gastlandes zu lernen. Wenn wir in ein fremdsprachiges Land übersiedeln, dann ist es das erste, daß wir uns mit der Sprache vertraut machen. Ich werde doch nicht zB nach Italien ziehen und nicht einmal italienisch sprechen können. Ich würde auch nicht nach Schweden gehen, und glauben, mit Englisch geht es auf Dauer auch. Das ist meiner Meinung nach eine der wichtigsten Angelegenheiten. Wir müssen den Integrationswillen dort fördern, wo er vorhanden ist. Ich sehe darin eine wesentliche Tätigkeit, - auch im Interesse unseres Volkes - den Integrationswilligen ordentliche Sprachkurse anzubieten. Wenn wir bei den Inländern Integrationsfortschritte möchten, dann ist das ein Problem für sich. Es ist schwer, einen Inländer im Inland zu integrieren. Wenn er nicht ein Randsozialer ist, dann ist er bereits integriert. Außer er schließt sich sozial selber aus. Aber bitte, meine Damen und Herren, wir haben auch für Straflösgeher Auffangmöglichkeiten. Wird sind dabei, Leuten die nicht in unsere Gesellschaft passen, Modelle anzubieten, um wieder in unsere Gesellschaft zu finden. Wir müssen auch jenen Ausländern helfen, die anpassungswillig sind. Eine zweite Hilfe muß es auch geben. Aber mir fehlt in diesem Zusammenhang jeder Hinweis über eine bereits erfolgte Tätigkeit. Man muß auch denjenigen, die aus verschiedenen Fremdländern kommen, bei der Reintegration in ihr Heimatland helfen. Denken sie an das bundesdeutsche Modell, wo man versucht, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mental zu helfen. Man muß ihnen helfen, damit sie wieder in ihre Heimatländer zurück gehen können. Der Bürgerkrieg, der dort herrschte, war tragisch. Der Krieg ist zum größten Teil abgeflaut und die Leute, die geblieben sind, bräuchten jetzt wieder die Arbeitskräfte, die sie durch die Abwanderung verloren haben. Da helfen wir, glaube ich, unseren Nachbarländern am besten, wenn wir tüchtigen Leuten die Möglichkeit geben und sie dabei unterstützen, wenn sie zurück möchten. Ich habe mich auch im Vorjahr zu diesem Thema zu Wort gemeldet. Ich bin einigermaßen mißverstanden worden. Ich mußte, ich habe es dem Protokoll entnommen, Beschimpfungen wildester Art ertragen, welche von diesem Pult aus ausgesprochen wurden. Ich mußte leider weg, da ich zum österreichischen Rechtsanwaltskammertag, zum 1. Begrüßungsabend mit dem Herrn Bundesminister, der es damals noch war, mußte. Ich möchte ihnen noch eines sagen, - es fiel damals so ein Schlagwort, es war entsetzlich - es wurde immer von menschenfeindlich gesprochen. Das ist meines Erachtens ein plakatives Schlagwort, das von gewisser politischer Seite immer wieder verwendet wird. Glauben sie mir eines, es gibt für mich das Menschenbild des Sarastro aus der Zauberflöte. Wenn sie das verstanden haben, dann wissen sie, was ein Mensch ist.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Die Sache ist wichtig, ja! Aber es nützt nichts, die Zauberflöte zu zitieren! Wenn es sich darauf beschränkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Herr StR Tatzreiter, mich wundert es gar nicht, wenn sie heute im Resthof waren. Ihre Partei hat es jetzt sicherlich notwendig, wieder mehr im Resthof zu sein. Sie haben sicher noch nicht den Leserbrief ihres Kollegen GR Rohrauer gelesen. Wenn ja, wüßten sie genauer Bescheid über den Resthof. Er hat uns das ganz genau schriftlich mitgeteilt, wie es da oben so zu geht und warum diese Leute dort so gewählt haben. Es ist nicht lustig, Herr GR Apfelthaler, wenn sich Leute bei einem Vizebürgermeister in der Sprechstunde zu Wort melden müssen, daß im Keller Schafe eingesurt werden. Das ist sicher nicht lustig. Schauen sie einmal hin und reden sie mit den Leuten. Vergessen sie lieber ihre eigenen Geschichten, die sie nicht belegen können. Diese Sache wurde in der Sprechstunde dokumentiert. Setzen sie sich zusammen und gehen sie hinaus und reden sie mit diesen Bürgern in diesem Haus. Sie werden es dann vielleicht besser verstehen. 1956 hatten wir noch kein „Paraplü“ und damals war es auch noch nicht notwendig. Jetzt diese Geschichte zu zerteilen, in Flüchtlinge und Ausländer, das ist zu einfach. Wir haben bereits die Zahlen gehört. Die Flüchtlinge sind ein kleiner Anteil, die Ausländer sind ein großer Teil. Es geht hier um 4.000 Personen. Die Rechnung geht mit Einbürgerungen usw. nicht auf. Das haben auch die letzten Wahlen gezeigt. Die Rechnungen mancher Parteien gehen nicht auf. Wenn sie jetzt sagen, die Österreicher sind schuld an diesem Problem, dann frage ich mich, was sie gelobt haben. Sie haben ein Gelöbnis auf das Wohl der Stadt Steyr abgelegt. Nach bestem Wissen und Gewissen. Ich bin GR der Österreicher bzw. der Steyrer Bürger. Ich bin nicht GR der Türken, Albaner usw., ich wurde von diesen Personen auch nicht gewählt. Das wissen sie ganz genau, denn diese Personen sind nicht wahlberechtigt. Die Österreicher brauchen sich dafür nicht zu schämen, wie sie mit den Ausländern umgehen. „Nachbar in Not“, ist das beste Beispiel dafür, was Österreich geleistet hat und noch immer leistet. Das sollen uns andere Länder einmal nachmachen. Wir haben überhaupt keinen Nachholbedarf, überhaupt keinen. Mich wundert auch die Regelung mit den Gemeindewohnungen in Steyr im Gegensatz zu ihrem Kollegen Bgm. Häupl in Wien. Hier sollten sich die Sozialisten einmal zusammen setzen, um eine gemeinsame Linie zu finden. Zu den Vorschlägen, Herr GR Apfelthaler, wir haben genügend Vorschläge gemacht, wie man das machen soll. Mein Vorredner hat das jetzt genau erklärt, ich glaube sie haben ihn verstanden, wenn es heißt, wir sollten den Leuten dabei helfen, wieder in ihrem Land Fuß zu fassen. In ihrer Heimat Fuß zu fassen, das ist das wichtigste. Wenn es jetzt um den Verein „Paraplü“ geht, der wirklich ein Selbstdarstellungsverein ist, der es nicht einmal für notwendig hält, hier anwesend zu sein, ist das ein starkes Stück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nein, dann stelle ich auch noch eine kleine Betrachtung an. Weil ich vom letzten Redner direkt angesprochen wurde. Wir haben heute einige Rückblicke auf die geschichtliche Entwicklung gehört. Ich glaube, daß das eigentlich richtig ist, diese Dinge sozusagen über längere Zeiträume mit diesem Hintergrund zu betrachten. Es gab solche Wellen von Emigration schon öfter. Wenn sie das Steyrer Telefonbuch aufschlagen, werden sie sehr viele Namen lesen, die nicht „urbayrowarisch“ sind. Es gibt trotzdem ein gutes Zusammenleben der Steyrer. Manche aus diesen Kreisen,

die vor 1960, 70, 80 und noch vor dem 1. Weltkrieg eingewandert sind, haben prominente Nachkommen. Einer ist in der letzten GR-Sitzung nach 23 Jahren ausgeschieden. Er beruft sich stolz auf seinen Urgroßvater der eine große Erfindung gemacht hat.

Zwischenruf: Spricht sehr gut Deutsch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, spricht sehr gut Deutsch. Also offenbar integriert. Das ist ein gelungenes Integrationsmodell. Also, wir sollten uns darüber im Klaren sein, daß wahrscheinlich damals, als viele Tschechen nach Steyr kamen, als bei uns die Industrialisierung stattfand, die damaligen Einheimischen nicht nur gejubelt haben. Wahrscheinlich haben sie ihnen auch Jobs weggenommen. Wahrscheinlich rückten sie auf bessere Positionen. All dies wird damals stattgefunden haben. Von Wien gibt es genaue Beschreibungen der damaligen Situation, was damals im Schmelztiegel passierte. In Steyr wird es ähnliche Debatten gegeben haben. Die Leute haben sich integriert und es entstand ein gutes Miteinander. Es war auch im kulturellen Bereich sehr befruchtend. Die Momentaufnahmen sind meiner Meinung nach kein guter Ratgeber. Wenn wir uns heute anschauen, das wurde auch gesagt, daß nur ein kleiner Prozentsatz von diesen 4.000, die hier in Steyr sind, Flüchtlinge sind, dann sind der größere/große Prozentsatz in erster Linie Arbeitskräfte mit ihren Familien. Die wurden nach Steyr geholt. Begonnen hat die Entwicklung in den 70iger Jahren. Das haben wir alle erlebt. Ich erinnere mich an viele Leute, die sich in der Zwischenzeit schon integriert haben, die geholt wurden, weil man Arbeitskräfte brauchte. Das muß man schon so sehen. Bundesminister Einem wurde auch aus einem bestimmten Eck und aus einer bestimmten Betrachtungsweise heraus zitiert. An sich ist der BM Einem ein gescheiter Mensch. Er ist für eine begrenzte Einwanderungspolitik. Er meint, daß das unmenschlich ist, wenn man Familien auseinanderreißt. Ich weiß, was an dieser Position so kritikwürdig ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, daß wir Flüchtlinge aufgenommen haben, wenn sie um ihr Leben fürchten mußten und wenn sie der Verfolgung ausgesetzt waren. Es hat uns glücklich gemacht, daß wir ein Ort des Friedens waren. 1956 haben wir das bewiesen, eigentlich wurde es auch jetzt wieder bewiesen. Wir haben jetzt gewisse Probleme im Zusammenleben der Menschen. Eigentlich ist das normal, weil das immer so war, wenn diese Umstände eingetreten sind. Jetzt gibt es einen Verein namens „Paraplü“, wo sich sehr engagierte Menschen bemühen, diese Probleme zu meistern. Sie helfen mit, diese Probleme zu meistern. Es sind am Anfang vielleicht nicht immer gleich die tauglichen Mittel. Vielleicht ist es da und dort anpassungsnotwendig, aber, daß die Sache selber schlecht sei, das kann wirklich niemand sagen. Wenn dieser Verein, dem wir Unterstützung versprochen haben, auch im heurigen Jahr auf diese Unterstützung wartet, dann ist das ganz legitim. Daher werden wir dem auch zustimmen und nachdem - aus meiner Sicht jedenfalls - das Problem der Anwesenheit der Ausländer und auch das Aufeinanderprallen gewisser anders ausgeprägter Kulturen nicht beendet ist mit diesem Jahr, haben wir weiterhin Integrationsarbeit notwendig. Da werden wir uns darüber unterhalten müssen, wie man das macht. Weil mir der Herr Häupl als großes Beispiel hingestellt wurde, muß ich sagen, ich bin stolz darauf, daß wir nicht das Steyrdorf und den Wehrgraben mit den Flüchtlingen, mit den Gastarbeitern, die dort ihre Behausungen,

ihr Dach über dem Kopf gefunden haben, alleine gelassen haben. Das hätte es bedeutet, wenn wir Ausländer grundsätzlich davon ausgeschlossen hätten, daß sie auch in andere Wohnungen kommen können. Dann hätten wir die Gettobildung in diesen zwei Stadtteilen auch für die Zukunft fortgeschrieben. Ich glaube, daß es ein mutiger und auch ein richtiger Schritt war, Gemeindewohnungen auch für Ausländerfamilien zur Verfügung zu stellen. Es sollten dort nicht neue Gettos entstehen. Die bessere Verteilung der rd. 10 % Ausländer in unserer Stadt sollte uns ein gemeinsames Anliegen sein. Das muß man von dieser Seite auch überlegen. Ich würde sie bitten, nachdem wir mit dieser Politik, die mir zwar richtig erscheint und zu der ich mich bekenne, mit der ich bei den Wahlen keine Blumenstöcke gewinnen kann - das bewies die letzte EU-Wahl - aber trotzdem nachzudenken, wie man die Probleme in diesem Bereich lösen kann. Hier sind konstruktive Lösungsvorschläge und Zusammenarbeit gefragt. Das möchte ich nicht um des Vorteils willen, damit man dort oder da politisches Kleingeld macht. Da geht es schon um die großen Linien und wir können uns an der Geschichte ein Beispiel nehmen. In der Vergangenheit ist dieses Problem gut gelöst worden. Es wurde meistens gut gelöst, aber nicht immer. Wenn nicht, waren die Auswirkungen ohnehin katastrophal. So bitte. Wir kommen zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Darf ich noch um das Schlußwort bitten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort bitte, Entschuldigung. Das ist ja auch noch da, richtig. Entschuldigung, du machst jetzt die Schlußbetrachtung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, der Herr Bürgermeister hat schon alles gesagt, aber trotzdem möchte ich noch einige Sätze zu diesem Thema sagen. Ich finde es auch traurig, daß wir uns nicht um ein friedliches Zusammenleben bemühen. Es wurde über diesen Beirat sehr viel gesagt. Die bemühen sich schon sehr um das Zusammenleben, die Wünsche und um die Beschwerden. Wenn man Beschwerden hat, kann man die ja vorbringen. Es ist mir auch ganz neu, daß der Vereinsvorstand nicht zufrieden ist. Einen Satz möchte ich auch noch sagen. Ich habe einen Brief von der Frau Mag. Frech erhalten und sie hat mir auch gesagt, daß sie für jede Mitarbeit und für jeden Vorschlag dankbar ist. Wenn man ihr keine Vorschläge unterbreitet, kann auch der Beirat nichts machen. Ich glaube, ich kann nur dann etwas unternehmen und ändern, wenn ich etwas höre. Man hat in allen Fällen Kritik geübt, aber ich kann nur Kritik üben, wenn ich dazu beitrage, daß sich etwas ändert. Nur dann ist das möglich. Wenn ich es weiß, dann muß ich auch Vorschläge machen. Für diese Vorschläge ist der Beirat auch offen. Man braucht nur Vorschläge unterbreiten und ich bin mir sicher, daß sich alle bemühen werden, diese Vorschläge

umzusetzen, wenn es möglich ist. Wenn es sinnvolle Vorschläge sind, das möchte ich auch dazu sagen. Eines möchte ich auch noch erwähnen, im Jahr der Ehrenamtlichkeit möchte ich mich bei allen, die im Beirat ehrenamtlich mitarbeiten, einmal herzlich bedanken. Man darf eines nicht vergessen, es ist nur die Frau Mag. Frech hauptamtlich beschäftigt und alle anderen Mitarbeiter bei diesem Projekt arbeiten ehrenamtlich. Bei diesen Personen möchte ich mich heute herzlich bedanken.

Applaus.

Ich bitte um ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wir kommen jetzt wirklich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? (8 F). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr, Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1996.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

2) K-114/96

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1996;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten vom 4.10.1996 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in Bronze: Dr. Urban Schneeweiß, Franz Kölzer.

Rettungsverdienstmedaille in Silber: Günther Edlinger, Engelbert Fleck, Franz Neuhauser.

Rettungsverdienstmedaille in Gold: Siegfried Jetzinger.

Ich ersuche um Zustimmung für diese Verleihung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Ist jemand gegen den Antrag, oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Behindertenfahrdienst - Transport schwerstbehinderter Schüler aus Umlandgemeinden.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

3) SH-4436/91

Behindertenfahrdienst - Transport schwerst- behinderter Schüler aus Umlandgemeinden;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales vom 1.10.1996 werden Schülertransporte von Schwerstbehinderten aus Umlandgemeinden in die allgem. Sonderschule, 4400 Steyr, Industriestraße 7, mit dem Behindertenfahrdienst unter folgenden Voraussetzungen genehmigt:

Dem/r Betroffene ist die Inanspruchnahme des Gelegenheitsverkehrs nicht möglich.

Der Schülertransport wird nur bei entsprechend freien Kapazitäten des Behindertenfahrdienstes bewilligt.

Eine abgangsverminderte Drittfinanzierung ist gesichert.

Diese Regelung tritt mit 1.10.1996 in Kraft. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch um ihre Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke der Frau Kollegin Mach und ersuche den nächsten Berichterstatter, Herrn Stadtrat Eichhübl um seinen Vortrag.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste. Der Stadtsenat bzw. der Gemeinderat hat sich bereits mit den Planungs- und Projektierungskosten für den Neubau Hochbehälter Münchenholz befaßt. Nun geht es darum, daß ich ihnen einen Antrag bzgl. der Baumeisterarbeiten, Rohrankauf und Bauleitung - Vergabe der Leistungen zur Beschlußfassung vortrage. Nachdem der Amtsbericht deutlich aussagt, um was es geht, darf ich mich auf den Antrag direkt beschränken und ihn verlesen.

Antrag des Stadtsenates an den GR.

4) ad ÖAG-Stadtwerke

5207/92

Neubau Hochbehälter Münchenholz Baumeisterarbeiten, Rohrankauf, Bauleitung; Vergabe der Leistungen;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 30.7.1996 wird im Zusammenhang mit dem Neubau des Hochbehälters Münchenholz nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

a) Baumeisterarbeiten: Fa. ARGE Mayr-Bau/Ing. Egger/ Nograsek

S 22.187.852,-- (exkl. Ust)

b) Rohrankauf: Fa. Kontinentale HG, Wels

S 552.625,-- (exkl. Ust)

c) Örtliche Bauaufsicht und Bauabrechnung: Fa. DI Brunner, Steyr

S 748.284,-- (exkl. Ust)

Für die Finanzierung werden Rücklagenaufösungen und Darlehensaufnahmen im Wege des Wasserverbandes zur Förderung durch den Umweltfonds sowie Mittel aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk herangezogen.

Ich bitte sie Herr Bürgermeister, die Diskussion bzw. die Abstimmung über meinen vorgetragenen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich stelle den Antrag, ob sich jemand an einer Debatte beteiligen möchte? Nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Am 6. Juli 1995 hat der OÖ Landtag eine Novelle zum Gemeinde-Wasserversorgungsgesetz beschlossen. Das war auch Anlaß dafür, die aus dem Jahre 1981 stammende Wasserleitungsverordnung der Stadt Steyr angepaßt wird. Das geht ebenfalls aus dem Amtsbericht sehr deutlich hervor, um was es geht. Ich darf sie ersuchen, daß sie mich davon entbinden, die ganze Wasserordnung Punkt für Punkt und Paragraph für Paragraph zu verlesen. Ich verlese ihnen lediglich den Antrag. Beilage zu Antrag 5) Wasserleitungsverordnung.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

5) Stadtwerke - 71/96

Neuerlassung einer Wasserleitungsordnung 1997;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 25. September 1996 wird die beiliegende Wasserleitungsordnung 1997 beschlossen. Die Verordnung tritt am 1.1.1997 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wasserleitungsordnung 1981, beschlossen in der Sitzung des GR vom 7.7.1981, außer Kraft. Die Kundmachung erfolgt durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr. Vor der Kundmachung ist gem. § 4 Abs. 4 Gemeindewasserversorgungsgesetz das Einvernehmen mit der OÖ Landesregierung herzustellen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Antrag. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Dann kommen wir auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, wie sie alle wissen, haben wir bedauerlicherweise nach wie vor Probleme im Bereich unseres Brunnenfeldes, nämlich im Zusammenhang mit der Grundwasserunreinigung durch Perchloräthylen. Wie sie wissen, ist seit Oktober 1993 eine Strippanlage in Betrieb. Es war notwendig, mehrere technische Veränderungen durchzuführen, um schlußendlich zu gewährleisten, daß das Trinkwasser nicht weiter verseucht wird und wir in der Lage sind, von seiten der Stadtwerke unserer Bevölkerung entsprechendes Wasser zur Verfügung zu stellen. Ich darf vielleicht eines anmerken. Der Einleitungssatz bzw. die Überschrift - Brunnenfeld Dietach, Grundwasserreinigung mit Perchloräthylen stimmt nicht. Ich darf sie bitten, Grundwasserreinigung so stehen zu lassen und mit Perchloräthylen nicht nur gedanklich, sondern auch vom Amtsbericht zu streichen. Es ist notwendig, dort eine weitere technische Einrichtung anzubringen, nämlich eine Sickerrigole. Es wurde durch das Zuwachsen einer Leitung notwendig, hier diese Sickerrigole zu installieren. Aus Dringlichkeitsgründen war es notwendig, eine Bürgermeisterverfügung in diesem Zusammenhang zu erwirken. Ich darf noch eines anmerken, daß wir für die Wasserreinigung etwa S 22 Mio bis jetzt aufgewendet haben. Wir haben vom zuständigen Bundesministerium etwa S 7 Mio zurück- erhalten. Es ist so, daß nach wie vor in den Bereichen wie die Verursacherfindung weitergearbeitet wird. Sie haben sicherlich in diesem Zusammenhang die Bohrung im Bereich Tabor gesehen. Das hat einen Hintergrund, nämlich nicht nur jenen, daß man jemanden zur Kostenverpflichtung heranziehen kann, sondern es ist auch erforderlich, den Standort dieser Unreinigung weitestgehend einzugrenzen, um weitere Unreinigungen des Grundwasserstromes zu vermeiden. Nun kommen wir aber zum Antrag. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

6) ad Wa-43/93

Brunnenfeld Dietach - Grundwasserreinigung; Sanierung einer bestehenden Sickerrigole; Auftrags- vergaben;

Der GR möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 3. Oktober 1996, womit gem. § 49, Abs. 7 Statut für die Stadt Steyr 1992 wegen Dringlichkeit nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt: „Infolge Dringlichkeit wird zur Abkehr einer Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung aus dem Brunnenfeld Dietach der Auftrag zur Erbringung der Baumeisterarbeiten für die Sanierung der bestehenden Sickerrigole der Firma Erdbau Auinger, Ardagger, gemäß Anbot vom 27.9.1996 und Nachlaß sowie Skontogewährung vom 1.10.1996 zur vorläufigen Auftragssumme von S 608.118,-- (exkl. Ust) übertragen. Der Ankauf der Drainagerohre hat bei der Firma Dietzel GesmbH, Wien, gemäß Anbote vom 27.9.1996 sowie 1.10.1996 zu einem Auftragswert von S 199.975,-- (exkl. Ust) zu erfolgen. Der erforderlichen Mittel für die Anlagensanierung werden vorläufig aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Nicht der Fall.

Wir kommen auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Dh, wir haben jetzt rd. S 22.700.000,-- ausgegeben, für die Saubermachung des Grundwassers. Der Bund, der uns das ersetzen soll, hat uns erst S 7 Mio. - Herr Kollege S 7 Mio hast du gesagt - also die Hälfte hat er uns erst refundiert. Da wird man vorstellig werden müssen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe heute schon angerufen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Wir setzen die Sitzung fort. Der Kollege Schloßgangl ist der nächste Vortragende, ich bitte ihn seine Anträge zu verlesen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, liebe Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 54, die sogenannten „Auer-Gründe“ - Änderung Nr. 1.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den GR lautet.

7) BauGru-66/95

Bebauungsplan Nr. 54

„Auer-Gründe“ Änderung

Nr. 1;

Der GR möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 54 „Auer-Gründe“ - Änderung Nr. 1 - wird entsprechend den Plänen der FA f. Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 8. Jänner 1996 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA f. Baurechtsangelegenheiten vom 3. Oktober 1996 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/93 idgF, beschlossen.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort? Keine Wortmeldung. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Der nächste Antrag betrifft den Neubau der Wehranlage „Große Falle“ im Wehrgraben und lautet:

8) Wa-4/94

Neubau der Wehranlage

„Große Falle“;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA f. Tiefbau vom 7. Oktober 1996 wird der Vergabe der Baumeisterarbeiten für den Neubau der Großen-Falle an die FA Stern & Hafferl, Gmunden, in Höhe von S 3.947.488,69 sowie die Vergabe des Stahlwasserbaues an die Fa. Kössler, St. Georgen in NÖ, in Höhe von S 948.000,-- inkl. Ust. zugestimmt.

Die dafür im Jahr 1996 bei der VASSt. 5/6320/619000.8 vorgesehenen Mittel werden freigegeben. Der Kreditübertragung in Höhe von S 1,4 Mio von VASSt. 5/6120/002220.1 nach VASSt. 5/6320/619000.8 wird zugestimmt. Der restliche Anteil in Höhe von S 2 Mio wird im Jahr 1997 bei VASSt. 5/6320/619000.8 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Aufgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 450.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer dazu das Wort wünscht? Keine Wortmeldung. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte vielleicht bemerken, daß das eine außerordentliche, nicht im Budget befindliche Ausgabe ist. Diese Ausgabe ist in einer kläglichen Höhe und wir werden noch mehr Beträge in dieser Höhe im Zuge der Reparaturarbeiten an den Zeugstätten des Wehrgrabens zu beschließen haben. Wir haben insgesamt 4 solcher Zeugstätten. Sie sind allesamt in einem bedauernswerten Zustand. Ursprünglich war einmal das ganze Wehrgrabengebiet, also das Bachbett, in privatem

Besitz. Es wurde also verstaatlicht bzw. verstadtlicht. Dh, die Sanierungskosten werden von der Regimentskasse getragen. Auf diese Art und Weise verschmälert sich auch der Budgetspielraum von Zeit zu Zeit ein bißchen. Ich möchte das bei dieser Gelegenheit nur feststellen. Das geht tief hinein und ich gehe davon aus, daß die Reparaturen der 4 Wehrgrabenzeugstätten ca. S 25 Mio kosten werden. Man kann hier schön sehen, daß sich auch aus solchen Veränderungen Kosten bei der öffentlichen Hand ergeben können, weil Private die Reparaturmaßnahmen nicht mehr getätigt haben, weil der wirtschaftliche Nutzen aus diesem Gerinne nicht mehr gezogen werden konnte. Es ist interessant, bei dieser Gelegenheit dies auch festzustellen. Den nächsten Antrag bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Aufschließung der Knoglergründe, Einlösen der zur Straßenerrichtung notwendigen Grundflächen. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR.

9) BauStr-3/95

Aufschließung der Knogler- gründe, Einlösen der zur Straßenerrichtung notwendigen Grundflächen;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten vom 26. September 1996 wird dem Erwerb der nachstehend angeführten Grundflächen zur Aufschließung des Siedlungsgebietes „Knogler-Gründe“ beginnend von der Wolferner Landesstraße zu den im Amtsbericht dargestellten Bedingungen zugestimmt:

- Weindl GesmbH

35 m²

- Anton Weindl sen. bzw. Anton

Weindl jun.

3.518 m²

- Willibald und Maria Wiesinger

1.473 m²

- Franz Johann Schützenhofer

14m²

Zur Bezahlung von 70 % der voraussichtlichen Grundeinlösen, d.s. S 3.052.038,50 und

der zu erwartenden Grunderwerbssteuer von S 152.602,-- wird einer Kreditübertragung in Höhe von S 1.200.000,-- von der VASSt. 5/6120/002450.4 auf die VASSt. 5/6120/002300.1 zugestimmt. Weiters wird bei der VASSt. 5/6120/002300.1 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 2.005.000,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Rücklagenentnahme zu erfolgen. Gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat Steyr wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn sie diesem Antrag zustimmen, dann geben sie bitte ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Schloßgangl und schlage ihnen vor, daß wir 10 Minuten Pause machen.

PAUSE VON 16.10 BIS 16.30 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Als nächster Berichterstatter kommt Herr Ing. Spanring. Wir kommen zum Antrag Nr. 10.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. In meinem ersten Antrag geht es um die Neuregelung der Haushalts- und Schulbeihilfe. Bedingt durch das Strukturanpassungsgesetz des Landes OÖ sind eine Reihe von Änderungen im Dienst- und Besoldungsrecht bereits vollzogen worden bzw. wurde im Erlaßweg den Gemeinden die sinngemäßen Vorgangsweisen empfohlen. Im nachstehenden Antrag wird eine detaillierte Darstellung der aktuellen Situation, nämlich eine ev. Rettungsvariante, vorgestellt.

Ordnungsruf.

Ich möchte sie ersuchen, mich von der Verlesung des Antrages zu entbinden. Ich möchte sie ersuchen, daß diese Regelung mit Beginn des Schuljahres 1996/97 in Kraft tritt, wobei die Berechnung der Haushaltsbeihilfe ab 1.Juni 1996 bereits nach diesen Richtlinien zu erfolgen hat. In den Monaten Dezember und Juni wird dieser Betrag zusätzlich in die Berechnung miteinbezogen. Ab 1.1.1997 erfolgt sodann die

Halbjahresberechnung vom Jänner bis einschließlich Juni und vom Juli bis einschließlich Dezember. Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR.

10) Präs- 439/96

Magistratsbedienstete; Haushaltsbeihilfe - Schulbeihilfe - Neuregelung;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Personalverwaltung wird folgender Neuregelung für die Gewährung der Haushaltsbeihilfe und Schulbeihilfe zugestimmt:

I.

Die Haushaltsbeihilfe wird halbjährlich als Sonderzahlung, jeweils im Juni und Dezember eines jeden Jahres, ausbezahlt.

Die Haushaltsbeihilfe wird mit 200 % jenes Betrages festgesetzt, der dem einzelnen Bediensteten pro Kalenderhalbjahr an Kinderzulage gebührt. Durch diese Regelung ergeben sich für den einzelnen Bediensteten pro Kalenderhalb-jahr folgende Zuwendungen:

Für Bedienstete

mit 1 Kinderzulage S 2.800,--

mit 2 Kinderzulage S 5.600,--

mit 3 Kinderzulage S 8.400,--

mit 4 Kinderzulage S 11.200,--

usw.

Zur Haushaltsbeihilfe gebührt dem einzelnen Bediensteten pro Kalenderhalbjahr als Schulbeihilfe einmal jährlich ein Zuschlag - beim Auszahlungs-termin Dezember-, der nach dem Alter der Kinder gestaffelt ist.

Dieser Zuschlag beträgt für

Kinder:

a) im 6. u. 10 LJ S 600,--

b) vom 15. bis zum 18. Lebensjahr S 700,-- u.

c) vom 19. bis zum 25. Lebensjahr S 2.000,--

Der Zuschlag zur Haushaltshilfe gebührt nur für Kinder, für die dem Bediensteten die Kinderzulage gebührt.

Bedienstete, die während des Kalenderhalbjahres nicht im vollen Genuß der Kinderzulage stehen, erhalten als Sonderzahlung den entsprechenden Teil der Leistungen nach Z. 2 und 3; Änderungen in der Höhe der Kinderzulage werden bei der Berechnung der Sonderzahlung berücksichtigt.

Für die Gewährung der Haushaltsbeihilfe kommen folgende Bedienstete in Betracht: Beamte, Vertragsbedienstete, Ruhe- u.

Versorgungsgenußempfänger.

II.

Die vorstehende Regelung gilt sinngemäß auch für jene Magistratsbediensteten, deren Ehegatte/Ehegattin bei einer anderen inländischen Gebietskörperschaft die Kinderzulage beziehen, aber keine Haushaltsbeihilfe oder ähnliche Leistung erhalten. Hierbei ist vom/von der Magistratsbediensteten jeweils der Nachweis über den Bezug der Kinderzulage durch den Ehegatten/die Ehegattin zu erbringen. Weiters hat der/die Magistratsbedienstete zu bestätigen, daß der Ehegatte/die Ehegattin keine Haushaltsbeihilfe oder ähnliche Leistung bezieht. Die Auszahlung der Haushaltsbeihilfe kann in solchen Fällen nur über schriftlichen Antrag des/der Bediensteten erfolgen. Beim Ausscheiden von Bediensteten außerhalb der Auszahlungsmonate erfolgt keine Aliquotierung.

III.

Die bisherigen Regelungen betreffend die Haushaltsbeihilfe und die Schulbeihilfe treten durch diese Neuregelung außer Kraft.

IV.

Diese Richtlinien treten mit Beginn des Schuljahres 1996/97 in Kraft, wobei die Berechnung der Haushaltsbeihilfe ab 1. Juni 1996 bereits nach diesen Richtlinien zu erfolgen hat und im Monat Dezember der Juni zusätzlich in die Berechnung einbezogen wird. Ab 1.1.1997 erfolgt sodann die Halbjahresabrechnung von Jänner bis einschließlich Juni und von Juli bis einschließlich Dezember.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet ist Herr Vbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, Herr Stadtrat und meine sehr geehrten Damen und Herren. Zu diesem Antrag möchte ich nur einen Diskussionspunkt einbringen bzw. eine Anfrage an den Referenten stellen. Warum ist es nicht möglich, hier eine soziale Staffelung dieser Haushaltszulagen in Steyr zu beginnen. Es erscheint nicht sehr sinnvoll, daß Spitzenverdiener genau die selben Haushaltszulagen bekommen wie Mindestangestellte nach dem Mindesttarif. Wenn man schon so eine neue Haushaltszulagenordnung beschließt, sollte man diesen Punkt auch bedenken. Mir fehlt hier komplett die soziale Staffelung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung? Herr StR Spöck.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. In dieser vorliegenden Änderung, bedingt durch das Strukturanpassungsgesetz bzw. durch das Dienstrechtänderungsgesetz zum Landesbeamtengesetz, heißt es ganz genau, so habe ich das gesehen, eine Angleichung an das Land. Wie uns vom zuständigen Fachabteilungsleiter versichert wurde, bedeuten diese Änderungen, was mir auch sehr wichtig erscheint, keine Erhöhungen bei den Kosten „freiwilliger Sozialaufwand“, also keine Mehrkosten. Das sind Neuregelungen, bei denen uns versichert wurde, daß auch familienpolitische Überlegungen berücksichtigt worden sind. Es ist mir neu, der Herr Dr. Pfeil war auch beim Personalbeirat anwesend und hat diesem Antrag zugestimmt. Er stimmte auch im Stadtsenat zu. Ich glaube, es wäre richtiger gewesen, dort darüber zu sprechen und nicht hier und heute. Die Ausführungen von ihm sind sicherlich gerechtfertigt, es ist nicht einzusehen, daß ein Senatsrat unter Umständen das gleiche bekommt, wie ein Oberoffizial, oder wie der entsprechende Beamte hier im Magistrat heißt. Hier ist das schon fast zu spät, Herr Dr. Pfeil. Richtiger wäre es gewesen, sich in den entsprechenden Gremien, wo sie zugestimmt haben, dementsprechend zu äußern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht noch jemand das Wort? Nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich möchte dazu noch kurz eine Antwort geben. Die Problematik bei diesen Gesetzgebungen besteht darin, daß die Gemeinden im Erlaßweg sinngemäße Vorgangsweisen machen sollten. Dh. sinngemäß, ich mache es oder ich mache es nicht. Das wird uns vom Land empfohlen. Grundsätzlich ist der Gesetzesablauf so zu

behandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (F). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Herr Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um den letztmals von der „F“ vorgetragenen Dringlichkeitsantrag, der heute als Antrag vorliegt.

11) Präs-482/96

Dringlichkeitsantrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Beförderungssperre und Zulagenbefristung für befristet bestellte;

Der GR möge beschließen:

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche GR-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

- 1) Beförderungen innerhalb des Magistrates Steyr werden innerhalb von befristeten Bestellungen nicht mehr durchgeführt.
- 2) Zulagen, die im Rahmen einer befristeten Verwendung gewährt werden, werden grundsätzlich nur mehr auf den Verwendungszeitraum ausgesprochen.

Begründung:

Durch die Personalrochaden der letzten Jahre und insbesondere im letzten Sommer, kommt es zu jenen unerfreulichen Situationen, daß Bedienstete für einen höheren Dienstposten bezahlt werden, den sie jedoch nicht ausüben. Ähnlich verhält es sich auch mit den Zulagen.

Zu diesem Antrag gibt es einen Abänderungsantrag, der sich nicht gegen diesen Antrag ausspricht, sondern der das gesetzliche Paket dieses Antrages zusammenfaßt und einfach die gesetzlichen Inhalte, zwar nicht leichter verständlich, aber doch den gesetzlichen Vorgaben nachkommt.

zu Antrag 11)

Abänderungsantrag I)

Der GR möge beschließen:

Pkt 1) soll lauten:

Der Antrag liegt vor. Während einer befristeten Bestellung zum leitenden Bediensteten im Sinne der Geschäftsordnung des Magistrates werden Beförderungen in Dienstklassen, die nur aufgrund des Vorhandenseins eines Spitzen-dienstpostens erreicht werden können, nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung und der definitiven Bestellung unter Anrechnung des Zeitpunktes, zu dem diese möglich gewesen wären, nachgeholt. Auf die Dauer der befristeten Bestellung zum leitenden Bediensteten kann, wenn bei einer unbefristeten Bestellung zum leitenden Bediensteten eine Beförderung möglich wäre, eine Gehaltszulage gem. § 30 e des OÖ Landes-Gehaltsgesetzes im Ausmaß des Differenzbetrages gewährt werden.

Sind jetzt alle Teilnehmer mit dem etwas komplizierten Papier ausgerüstet? Ihr habt es auch noch nicht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat keine Zulage.

Gelächter.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Schnellausteilungszulage, oder wie nennt man die dann? Schnellausteilungszulage, oder wie? Danke, ich möchte nochmals mit dem Antrag beginnen.

Abänderungsantrag I)

Punkt 1) soll lauten:

Der Antrag liegt vor. Während einer befristeten Bestellung zum leitenden Bediensteten im Sinne der Geschäftsordnung des Magistrates werden Beförderungen in Dienstklassen, die nur aufgrund des Vorhandenseins eines Spitzen-dienstpostens erreicht werden können, nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung und der definitiven Bestellung unter Anrechnung des Zeitpunktes, zu dem diese möglich gewesen wären, nachgeholt. Auf die Dauer der befristeten Bestellung zum leitenden Bediensteten kann, wenn bei einer unbefristeten Bestellung zum leitenden Bediensteten eine Beförderung möglich wäre, eine Gehaltszulage gem. § 30 e des OÖ Landes-Gehaltsgesetzes im Ausmaß des Differenzbetrages gewährt werden.

Ebenso werden bei Bediensteten, die zum leitenden Bediensteten im Sinne der Geschäftsordnung des Magistrates befristet bestellt sind, Überstellungen, die nur aufgrund des Vorhandenseins dieses Spitzendienstpostens möglich sind, während der

Befristung nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung und der definitiven Bestellung zum Leiter einer Fachabteilung bzw. eines Geschäftsbereiches wird die Überstellung unter Anrechnung des Zeitpunktes, zu dem diese möglich gewesen wäre, nachgeholt.

Punkt 2) soll lauten:

2) Zulagen und Nebengebühren, die im Rahmen einer befristeten Verwendung gewährt werden, werden bei Ablauf der Bestattungsdauer wieder aberkannt.

Grundsätzlich sei dazu gesagt, Punkt 2) ist in den meisten Fällen schon Inhalt des Dienstvertrages gewesen. Bei Punkt 1) handelt es sich darum, daß man Bedienstete, die für höhere Aufgaben geeignet scheinen und sich um höhere Aufgaben beworben haben, für die Dauer der Befristung, die in der Regel in diesem Haus 3 Jahre dauert, nicht mit einer quasi „Beförderungssperre“ bestrafen kann. Wir bekennen uns dazu, diese Beförderung im Sinn des Textes nicht durchzuführen, aber Beförderungen, die sich unterhalb dieser Beförderungshöhe bewegen, durchaus im Rahmen der Beförderungszeit und der Befristungszeit durchführen zu können.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Kollege Gollatsch hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, liebe Gäste. Ich muß bzw. ich glaube, ich kann dem StR Spanring etwas widersprechen. Der Abänderungsantrag, defacto wird nicht befördert, das ist schon richtig, aber dazu gibt es das Landesbeamtengesetz. Da gibt es die Möglichkeit der Verwendungszulage, daß der Mann dadurch keinen Nachteil hat. Später, wenn er überstellt wird, wird bei der Überstellung durchgerechnet und dann ist er wieder dort, wo er hingehört. Zum Antrag der Freiheitlichen habe ich einen Abänderungsantrag, da mir eines noch nicht gefällt.

zu 11) Abänderungsantrag Nr. 2

Ich stelle den Abänderungsantrag gemäß § 42 Abs. 2 Stadt Statut für die Stadt Steyr 1992 zum Dringlichkeitsantrag der „Freiwilligen“ Entschuldigung Freiheitlichen.

Der GR möge beschließen:

Beim ersten Punkt ist das Wort, Hoheitsbereich gestrichen. Das haben wir das letzte Mal schon gestrichen.

1) Beförderungen innerhalb des Magistrates Steyr werden von befristeten Bestellungen nicht mehr durchgeführt.

2) Zulagen, die im Rahmen einer Verwendung gewährt werden, werden nur mehr auf die Dauer des Verwendungszeitraumes aus-gesprochen.

Dh., wenn jemand auf einer Funktion verwendet wird, dann kann er diese Zulage nur für die Dauer der Verwendung bekommen. Es kann nicht sein, daß jemand eine Verwendungszulage bekommt, dann von diesem Arbeitsplatz abberufen wird und dann weiterhin diese Zulage bekommt. Ich habe jetzt nichts gegen jemanden, aber wenn einer eine Zulage bekommt, nur weil er zufällig mit einem großen Auto fahren muß und er fährt dann nicht mehr mit diesem großen Auto, wird diese Zulage in der jetzigen Form weiter bezahlt. Das kann nicht im Sinne des Erfinders sein. Hier haben sie meinen Abänderungsantrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Mich freut es, daß dieser Dringlichkeitsantrag so eine Grundsatzdiskussion ausgelöst hat. Im Grunde ist unser Antrag klar formuliert und der Wille ist klar erkennbar. Der Wille im Abänderungsantrag des Herrn StR Spanring ist nicht deutlich erkennbar. Ich habe mir vom Herrn Dr. Alphasamer dieses Beamtendeutsch übersetzen lassen. Ich verstehe jetzt schon die Absicht, die dahinter steht und kann sie auch soweit mittragen. Daß man natürlich einen Beamten, der auf eine höhere Verwendung dienstzugeteilt wird, der aber in seiner alten Verwendung jetzt eine Beförderung erwartet hätte, natürlich jetzt nicht von seiner erwarteten Beförderung ausschließen kann, das hätte ich in unserem Antrag auch nicht ausgeschlossen. Das ist nicht und das war nicht der Sinn des Antrages. Das ist eine genauere Beamtenfomulierung. Sehr anfreunden kann ich mich auch mit dem Antrag des Herrn GR Gollatsch, weil er einen weiteren Mosaikstein bildet, den wir bei unserem Verwendungszulagen-system brauchen, um auf ein vernünftiges Maß zu kommen. Es ist dem steuerzahlenden Bürger nicht zuzumuten zu wissen, daß es hier eine Reihe von Spitzenbeamten in diesem Haus gibt, die Verwendungszulagen kassieren, ohne eine Minute für diese Verwendung tätig zu sein. Das ist nicht argumentierbar. Von dieser Zulagenmentalität, die Jahrzehnte zurückliegt, wo der Beamte noch von politischer Willkür geschont werden mußte, muß man endlich abrücken. Natürlich steht hier dieses Speziallandesbeamtengesetz, wie ich jetzt gerade erfahren habe, dagegen. § 19 Abs. 3 des Statuargemeindebeamtengesetzes, wo es heißt: Versetzungen sind zulässig, aber es darf keine Verminderung der Bezüge eintreten. Dh., wenn wir von vornherein sagen, und durch GR-Beschluß festhalten, daß Zulagen im Rahmen einer Verwendung gewährt werden und nur mehr auf den Verwendungszeitraum ausgesprochen werden, dann ist es klar formuliert. Ich unterstütze sehr gerne den erweiterten Abänderungsantrag. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITEHNMAYR:

Wer wünscht weiter das Wort. Soeben wird der Abänderungs-antrag Gollatsch verteilt. Wir werden uns diesen Antrag wahrscheinlich einmal übersetzen lassen müssen, nachdem das Beamtengesetz etwas kompliziert ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Möchtest du dazu etwas sagen? Moment, fragen wir vorerst die anderen Mitglieder.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe schon, danke.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht weiterhin zu dieser Materie das Wort? Keine Wortmeldung. Herr Kollege Spanring?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich glaube, der Antrag, den Herr Gollatsch jetzt ausgeteilt hat, stimmt im Punkt 1) mit dem Abänderungsantrag, den wir eingebracht haben, überein. Nein, den kenne ich schon. Was der Richard Gollatsch so dazu hinaus gesagt hat, gibt es das OÖ Landesbeamtengesetz, das ist das was unter Punkt 1) steht. Nur das es da niedergeschrieben ist, und im Antrag des Herrn Gollatsch nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ja mit dem im Einklang.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach, er möchte gar keine Zulage mehr geben.

VIZEBÜRGERMEISTERFRIEDERIKE MACH:

Das ist ja ganz gleich.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Unter Punkt 2) möchte ich sie schon bitten, ... von der rechtlichen Seite, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt horchen wir einmal, was der Referent zu vermelden hat. Vielleicht können wir uns das gemeinsam einmal anhören.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das wird, glaube ich, schwierig werden. An sich ist es so, daß der Antrag des Herrn Gollatsch aussagt, daß sämtliche Magistratsbediensteten, wenn sie auch in befristeten Bestellungen sind, keinerlei Beförderungen mehr zu erwarten haben, im Zeitraum der Befristung. Das ist so.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Machen wir einen ... § 30a, ... keine Verwendungszulagen bekommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bei uns steht das. Was dich stört, ist der leitende Bedienstete. Der Begriff des „leitenden“. Du möchtest nicht den „leitenden“, du möchtest grundsätzlich den Bediensteten haben. Ist meine Annahme so richtig? Ja? Stimmt das? Ganz egal, um wen es sich handelt. Okay, dann sind wir in diesem Punkt d' accord. Dh., da gehört nur der leitende Bedienstete weg. Der Punkt 2), Zulagen, die im Rahmen einer Verwendung gewährt werden, werden nur mehr auf den Verwendungszeitraum ausgesprochen. Da

hätte ich gerne die richtige rechtliche Auskunft von unserem Präsidialdirektor gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir bitten den rechtskundigen Beamten, uns das zu erläutern, was wir hier beschließen sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Dr. Schwager hätte noch etwas zur Geschäftsordnung zu sagen.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Geschäftsordnung? Ich möchte überhaupt noch nicht abstimmen, bevor wir nichts genaues über diesen Antrag wissen.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

War das eine Debatte?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe das als Debattenbeitrag verstanden, nachdem ein weiterer Abänderungsantrag gekommen ist. Aber das Beamtenrecht ist eine sehr komplizierte Materie. Vielleicht kennen sich die Juristen aus, wenn ja, dann freut es mich sehr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja, das freut mich auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Den absoluten Durchblick zu haben, das ist für jeden wichtig, der die Hand erheben soll. Mir geht es vor allem darum, daß das erstens konform mit den anderen Gesetzen ist, die es in diesem Zusammenhang gibt. Zum zweiten geht es darum, daß wir genau wissen, was wir damit erreichen. Eines sollte nicht der Fall sein, soweit haben wir das vorher schon debattiert, daß, wenn wir eines wollen, nämlich nach Möglichkeit mit internem Personal Spitzenpositionen, die frei werden, zu besetzen. Das kann nur dann stattfinden, wenn nicht gleichzeitig eine Strafandrohung in dieser Form erfolgt, daß der eine anstehende Beförderung nicht mehr konsumieren kann. Wer nämlich auf seinem alten Sessel eine Beförderung bekommen würde, und dann diese nicht mehr bekommt, wenn er auf einen anderen Posten wechselt, und sich das antut, sich in der neuen Materie einzuarbeiten, das ist genau der Punkt, auf den es mir ankommt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hineinarbeiten, das ist eine andere Sache.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist der Punkt, auf den es mir ankommt. Weil nur dann werden wir die Motivation erhalten, daß jemand auf einen anderen Sessel wechselt, wenn er nicht aus der Beförderung hinausfällt. Das sollte sichergestellt werden. Das war angeblich im ursprünglichen F-Antrag schon so. Daher war der Abänderungsantrag erforderlich. Das ist mein Informationsstand, wenn ihr mir gestattet, möchte ich genau wissen, was wir beschließen. Ich möchte es verstehen, wie immer dann auch entschieden wird. Diese Materie ist kompliziert, hier streiten sogar die Juristen darüber. Das kann man bei jedem so einem Fall erkennen. Ich bitte, daß wir dem Wunsch des Personalreferenten entsprechen und lassen uns die Situation von einem rechts-kundigen Beamten erklären. Ich bitte dich, Herr Präsidialdirektor, daß du uns die Bedeutung des Antrages und der beiden Abänderungsanträge erklärst. Wenn wir die so beschließen.

PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertest Präsidium, hoher Gemeinderat. Es handelt sich hier um ein sehr komplexes Thema. Ich ersuche sie, für den vorliegenden Antrag ein Beispiel benützen zu dürfen. Zum Beispiel: ein B-Bediensteter, der zur Zeit nicht auf einem leitenden Posten sitzt, der mit B V oder mit B VI bewertet ist und er beabsichtigt, sich für einen leitenden Posten zu bewerben, der mit B VII bewertet ist. Das ist auch für mich als Insider eine Situation, die schwer zu verstehen ist. Wir haben ein Dienstklassengefüge, welches grundsätzlich IX Dienstklassen vorsieht. Für die A Bediensteten ist die IX Dienstklasse die Spitzendienstklasse. Für B-Bedienstete ist die VII Dienstklasse die Spitzendienstklasse. Für C-Bedienstete ist die V Dienstklasse die

Spitzendienstklasse und für D-Bedienstete ist die IV Dienstklasse die Spitzendienstklasse. Im handwerklichen Bereich ist das von p1 bis p5 abgestuft. Für die p1-Bediensteten ist die IV Dienstklasse möglich und für die darunterliegenden Verwendungen eben nur mehr max. die III. Wir gehen von diesem Beispiel aus, daß ein B-Bediensteter, der auf einem B-VI-Posten, also auf einen nichtleitenden Posten sitzt, beabsichtigt, einen B-VII-Posten anzustreben und persönlich aufgrund seines jungen Lebensalters befindet er sich in der IV Dienstklasse. Dann hätte der Antrag der F-Fraktion bewirkt, daß eine Beförderung während einer Befristung überhaupt nicht möglich wäre. Oh ja, nach diesem Wortlaut ist das so. Dh, wenn dieser Bedienstete auf seinem ursprünglichen Posten verblieben wäre und aufgrund seines fortgeschrittenen Lebensalters in die V Dienstklasse gewechselt hätte, nämlich in den- jenigen Posten und in diejenige Dienstklasse, die der Bedienstete nur deshalb erhalten hat, weil er sich um den Spitzendienstposten beworben hat. Um hier bei unserem Beispiel zu bleiben, der Bedienstete könnte auch während der Befristung von der IV in die V und von der V in die VI Dienstklasse befördert werden. Das hätte er auf seinem bisherigen Posten auch gekonnt, wenn er dort verblieben wäre. Nur wenn es um eine Beförderung in die VII Dienstklasse geht, dann müßte die Beförderungssperre in Kraft treten, denn dann tritt die Befristung in Kraft, da er auf diesen Leiterposten befristet ernannt ist. Während dieser Befristung sollte keine Beförderung erfolgen. Genau das bringt der Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion zum Ausdruck. Der Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion hingegen ist wesentlich weitläufiger. Dieser Antrag ist noch weitläufiger als der der F-Fraktion ursprünglich war. Dieser Antrag zielt darauf ab, daß Beförderungen innerhalb von befristeten Bestellungen überhaupt nicht durchgeführt werden. Dh, sowohl unser genannter Beispiels-Bediensteter, der sich in der IV Dienstklasse befindet, auf einem VI-Posten sitzt und sich um einen VII-Posten bewirbt, kann nicht befördert werden, aber auch jeder andere Bedienstete, der nicht leitender Bediensteter ist, das ist der Unterschied zum F-Antrag. Der ÖVP-Antrag zielt auf alle befristeten Verwendungen ab. Bedienstete, die in einer befristeten Verwendung beim Magistrat stehen, sollen überhaupt nicht mehr während dieser Befristung befördert werden können. Das sind die Unterschiede, glaube ich, dieser einzelnen Anträge. Ich hoffe, daß ich ihnen die Situation verdeutlichen konnte. Ich stehe für weitere Aufklärungen gerne zur Verfügung. Der zweite Satz des 1 Absatzes deckt genau die Forderung ab, die der Herr GR Oberst Gollatsch aufgestellt hat, daß man während dieser Dauer der Befristung durchaus mit einer Zulage den gehaltmäßigen Ausgleich herbeiführen könnte. Wir haben den Weg des § 30e des Landesgehaltsgesetzes gewählt. Es ist aber gleich, welches man verwendet, ob man eine VZ nach 30a nimmt, oder eine nach 30e. Grundsätzlich geht es darum, daß der Beamte finanziell genau gleichgestellt werden soll, als wäre er befördert worden. Uns ist es aufgrund der bereits bestehenden Verwendungszulagen im Magistrat besser erschienen, für diese befristeten Fälle eine Zulage einzuführen, die wir noch nicht kennen. Nämlich um genau auszudrücken, daß das nicht wieder irgendeine Verwendungszulage sein soll, wie sie andere Bedienstete haben, sondern dafür haben wir die Gehaltszulage genommen. Genau für diese Fälle bekommt er eine Gehaltszulage, in genau diesem Ausmaß. Über den Titel dieser Zulage, glaube ich, braucht man nicht streiten. Inhaltlich geht es im wesentlichen darum, so wie sie es gefordert haben, den Bediensteten finanziell nicht schlechter zu stellen. Das wird durch den zweiten Satz des ersten Absatzes gefordert. Der zweite Absatz des Abänderungsantrages der SPÖ zielt darauf ab, daß das nicht nur bei Beförderungen innerhalb einer befristeten Bestellung möglich sein soll. Es ist aber auch möglich, daß es zu Überstellungen kommen kann. Von Überstellung spricht man dann,

wenn ein Bediensteter von einem Gehaltsschema in ein anderes kommt. Es werden Akademiker als A Bedienstete bezeichnet, Maturanten als B Bedienstete bezeichnet, Fachkräfte als C- Bedienstete und die übrigen als D- Bedienstete bezeichnet. Jetzt kommt es durchaus vor, daß durch eine Bewerbung auf einen bestimmten Dienstposten, zB es bewirbt sich ein bisher in B Verwendung stehender, der sich im zweiten Bildungsweg akademisch weitergebildet hat, auf einen A-Posten, so soll während der befristeten Bestellung auf diesen A-Posten eine Überstellung in A auch nicht erfolgen. Das haben wir aus dem Antrag der F herausgelesen, daß das so gemeint gewesen sein soll, daß sich das nicht nur auf Beförderungen, sondern natürlich auch auf Überstellungen ausdehnen soll, dieses Beförderungsverbot. Daher haben wir diesen zweiten Absatz hineingenommen und gesagt, diese Beförderungssperre, es soll nicht nur für Beförderungen, sondern auch für Überstellungen gelten. Das zur Verdeutlichung des zweiten Absatzes. Und der Punkt 2) trifft auch genau die Intention des F-Antrages, daß Zulagen und Nebengebühren, die während der befristeten Verwendung zuerkannt werden, nach Ablauf der Bestelldauer wieder aberkannt werden. Nämlich genau dann, wenn die Befristung ausläuft und der Bedienstete nicht in eine unbefristete Weiterverwendung übernommen wird. Dann laufen seine Zulagen wieder aus. Das war auch die Absicht der F- Fraktion, nur haben wir versucht, die sonstigen Fälle, die da nie zu berücksichtigen sind, in diesen Antrag einzubauen. Da ist dieser Antrag, der von der SPÖ-Fraktion gestellt wurde, glaube ich, schärfer auf die gesetzliche Grundlage hin abzielend. Wenn man diesen Sinn dieser Regelung so versteht, so wie ich ihn verstanden habe und wie ich ihn hier versucht habe dazulegen. Versteht man ihn anders, als wie es wirklich gewollt ist, daß auch ein Bediensteter unser Beispielsbediensteter wirklich nicht von der IV in die V Dienstklasse kommen soll, obwohl er das bei seinem ursprünglichen Dienstposten auch gehabt hätte, ist der Antrag der ÖVP durchaus richtig. Dann wären alle Bediensteten, die in einem befristeten Verhältnis stehen, ganz egal in welcher Dienstklasse sie sich persönlich befinden, während der Befristung von einer Beförderung ausgeschlossen. Wenn das gewollt ist, dann ist dem Antrag der ÖVP zuzustimmen. Wenn das nicht gewollt ist, sondern nur der Spitzendienstposten gesperrt sein soll, dann ist dem Antrag der SPÖ zuzustimmen. Ich glaube, der Antrag der F-Partei deckt sich inhaltlich eher mit dem der ÖVP, wobei der F-Antrag eingeschränkt war auf leitende Bedienstete, während

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, war er nicht.

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Nein war er nicht, Blödsinn. Ich habe den jetzt erst bekommen. Der F-Antrag war auch nicht eingeschränkt. Der F-Antrag deckt sich eigentlich nahezu mit dem der ÖVP. Das war die Darstellung der wesentlichen Unterschiede der Anträge untereinander. Was jetzt dann gewünscht wird, was die Absicht sein soll, die dahinter steht, das obliegt mir nicht zu beurteilen. Ich habe die Absicht so aufgefaßt, daß der leitende Bedienstete während der Befristung nicht befördert werden soll, in einen Dienstposten, den er nur aufgrund

dieser Spitzendienstverwendung zuerkannt bekommen könnte. Wenn das anders gewünscht ist, daß der Bedienstete auch in der I, II oder III Dienstklasse nicht befördert werden soll während einer Befristung, dann ist der Antrag der F bzw. der ÖVP zutreffend. Das zu entscheiden obliegt ihnen, hoher GR.

Punkt 2) des ÖVP Antrages deckt sich grundsätzlich mit der gesetzlichen Vorgabe des § 30a des Landesbeamtengesetzes. Es ist durchaus möglich, die Zulagen befristet zuzuerkennen, allerdings muß ich jetzt schon daraufhinweisen, daß dies nicht in allen Fällen eine wirkliche Konsequenz haben wird. Nämlich dann in jenen Fällen, wenn ein Bediensteter, dem so eine Befristung ausgesprochen wurde, gegen seinen Willen versetzt wird. Dann tritt nämlich als Spezialnorm zu dieser allgemeinen Bestimmung des Landesbeamtengesetzes der § 19 Abs. 3 des Statutargemeindenbeamtengesetzes in Kraft, welcher besagt, daß Versetzungen eines Beamten grundsätzlich zulässig sind. Ich darf ihn vielleicht wörtlich zitieren. Versetzungen innerhalb des Dienstzweiges auf einen anderen Dienstposten bzw. auf eine andere Stelle sind zulässig. Jetzt kommt der entscheidende Halbsatz, doch darf dadurch eine Minderung des Dienstranges sowie der Bezüge nicht eintreten. Dh, wenn ein Beamter gegen seinen Willen versetzt wird, von einem Dienstposten auf den anderen, ist es nicht möglich, seine Bezüge zu vermindern. Da die Verwendungszulage eindeutig ein Bezugsbestandteil ist, ist es daher auch nicht möglich, eine Verwendungszulage oder eine Gehaltszulage durch eine derartige Versetzung zu verschmälern. Solche Fälle hatten wir auch schon in der Praxis. Eine Änderung dieser Zulagen ist nur dann möglich, wenn gleichzeitig eine Beförderung damit verbunden wäre. Es kann also durchaus passieren, wenn man diesen an sich landesgesetzlich gedeckten Antrag, den Punkt 2) der ÖVP beschließt, der sich vollkommen mit den Vorgaben des Landesgesetzes deckt, dennoch in diesem speziellen Fall, den ich ihnen hier vorgetragen habe, nicht in der Lage ist, die Zulage wieder wegzunehmen. Das ist durchaus eine Möglichkeit, die man beachten muß.

Zwischenruf: Aber grundsätzlich ist er richtig?

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Grundsätzlich ist er richtig und zulässig. Nur auf diesen Spezialfall beschränkt kann es sein, daß die gewünschte Konsequenz nicht eintritt. Das wollte ich damit verdeutlichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vorläufig. Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte mich hier nur ganz kurz zur Aufklärung melden. In unserem ersten Dringlichkeitsantrag bei Punkt 1) steht ganz klar, Beförderungen innerhalb des

Magistrates Steyr werden innerhalb von befristeten Bestellungen nicht mehr durchgeführt. Sinn und Absicht der Antragsteller war natürlich, Beförderungen, die aufgrund dieser betreffenden Bestellungen gemacht werden, natürlich nicht, wo der Beamte selber natürlich vorgerückt wäre aufgrund seiner alten Stellung. Ich glaube, wir brauchen nicht diskutieren. Das stellt der Antrag klar und deshalb gibt es da kein Problem und darüber brauchen wir auch nicht mehr diskutieren. Diskutieren sollten wir über den zweiten Punkt des Abänderungsantrages vom Herrn Gollatsch, weil das schon eine ganz entscheidende Erweiterung unseres Antrages ist. Ich würde auch ganz klar, soweit es rechtlich geht, den Punkt des Landesgesetzes des § 19 Abs. 3 hineinnehmen und aber auch sagen, wenn er gegen seinen Willen versetzt wird, ist es ganz klar, daß es nicht Absicht sein kann, daß man ihm die Verwendungszulagen weiter nachträgt. Nehmen wir einen Busfahrer, nehmen wir eine unverfängliche Person, der seine Leistungen als Busfahrer nicht mehr leisten will oder erbringen kann, der dann in die Gärtnerei kommt, und der dann aber noch weiterhin seine Buslenkerzulage bezieht. So etwas ist extrem leistungsdemotivierend. Beispiele dafür gibt in jüngster Zeit genug.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Apfelthaler. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR. Noch einen Beisatz zum Kollegen Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Schauen wir uns das jetzt nochmals anderes an. Ich denke mir, diese Bestimmung, daß, wenn er von einem Arbeitsplatz auf einen anderen versetzt wird, daß er dann die gleichen Bezüge, dh, daß er keinen Nachteil erlangt, könnte auch darauf hinweisen, daß der Bedienstete sozusagen vor Willkür geschützt ist. Es könnte zB passieren, daß der Bedienstete nicht mehr in eine politische Landschaft paßt, oder nicht mehr den Vorstellungen seines Vorgesetzten entspricht. Dann beginnen die sogenannten Strafversetzungen, wo ihm aufgrund dieser Bestimmung dann kein Nachteil erwächst. Ich kann diese Argumentation sehr gut verstehen, daß, wenn jemand einen anderen Arbeitsplatz bekommt, er nicht die Zulagen ect. von dem vorigen Arbeitsplatz mitbezieht. Das ist mir ganz klar, das funktioniert nirgendwo, anscheinend nur im Beamtenschema. Aber die andere Geschichte müßten wir auch bedenken. Ich glaube, das hängt vielleicht mit dem zusammen, daß das so eine Art Schutzverordnung ist, für jene, die einer gewissen Willkür ausgesetzt sind. Was von den beiden Punkten jetzt da richtig ist, wage ich jetzt nicht zu bewerten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Momentan ist der Herr Kollege Apfelthaler am Wort. Ich bitte um Ruhe.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wir reden nicht nur von den Pragmatisierten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meldet euch bitte selber zu Wort. Wenn ihr das Wort ergreifen möchtet, habt ihr genug Möglichkeiten dazu. Ist schon in Ordnung, aber bitte nicht im Chor und alle unterschiedlich. Jetzt hat er aufgehört, jetzt habt ihr ihn verscheucht. Er hätte uns sicherlich noch etwas gescheites gesagt. So jetzt kommt der Herr Gollatsch nochmals und dann der Herr StR Spöck. Zwischenrufe im Chor und dann noch mit verschiedenen Liedern, das geht nicht.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Meine Damen und Herren des GR wertest Präsidium.

Ordnungsruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was ist den jetzt los?

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Meine Damen und Herren, Gemeindebedienstete, Landesbedienstete und Bundesbedienstete werden alle vom Steuerzahler bezahlt. Es gibt interessanterweise auf Ebene der Gemeinde, des Landes und des Bundes das gleiche Gehaltsschema, aber es gibt unterschiedliche Beförderungsrichtlinien und andere Zulagen udgl.. Ich kann also von meinem Beispiel ausgehen, das ist die Verwendungszulage. Ich war bekanntlich bis zum Jahr 1994 hier in Steyr Regimentskommandant. Ich habe vom Bund einen Bescheid bekommen, daß ich für die Dauer der Bestellung zum Regimentskommandanten S xy bekomme. Das sind genau drei Biennenzulagen. Ab 1994 wurde ich zum Pataleonskommandanten ernannt, sprich, ich bin eine Stufe hinunter gestiegen. Meine Verwendungszulage als Regimentskommandant war eingestellt und ich bekomme seit 1994 nur mehr zwei Biennenzulagen. Warum soll das in der Gemeinde und beim Land nicht dasselbe sein, was der Bund von sich behauptet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Kollege Spöck bitte.

STADTRATWILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Die Materie ist sicherlich kompliziert, auch für mich als Beamter. Bei den Zulagen tue ich mir schwer. Bei den Bundesbediensteten gibt es leider nicht so viele Zulagen. Da gibt es nicht so einen Zulagenjungle wie zum Teil hier im Haus, wie wir vergangene Woche in der Zeitung lesen konnten. Soweit ich unseren Antrag sehe, gibt es keine Beförderung innerhalb eines befristeten Dienstverhältnisses, es ist so gemeint, wie es auch der Dr. Pfeil ausgeführt hat. Ich zB bin in der Dienstklasse V und habe befristet einen Posten der Dienstklasse VII bekommen. Ich habe in der Befristung einen Posten der Dienstklasse VII bekommen, ich stehe somit in der Befristung, daß ich in die Dienstklasse VI befördert werden - natürlich soll ich in die Dienstklasse VI kommen.

Zu Punkt 2) Zulagen nur mehr auf den Zeitraum der Verwendung. Es darf nicht solche Fälle geben, wie zB vorher Busfahrer, später Gärtner, oder eine Sekretärin, die eine hohe Zulage aufgrund ihrer Position hatte. Die kommt jetzt auf einen anderen Posten, somit muß diese Zulage gestrichen werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Wie ist das jetzt? Noch ein Beamter, wir haben doch so viele Beamte. Die sollen sich das untereinander ausdiskutieren. Frau GR Lohnecker wird uns jetzt die Weisheit einflößen.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich versuche, es relativ einfach zu machen. Bei uns ging es um den Antrag, das gleiche ist es, glaube ich auch bei den Freiheitlichen, vielleicht auch bei der SPÖ, daß wir diesem Problem ausweichen, wenn ein Beamter ein bestimmtes Gehalt bekommt, daß er, wenn er versetzt wird, nicht weniger bekommen kann. Darum haben wir gesagt, solange er nur befristet ist, könnte es sein, er bewirbt sich für den Posten, bekommt jetzt eine Zulage von 40 % oder 30 %, ich weiß es nicht und sagt dann, eigentlich interessiert mich dieser Posten nicht mehr. Oder er wird von selber versetzt, so würde das bedeuten, mit dieser Befristung, die wir jetzt hineingebracht haben, daß er keinen Anspruch auf diese Zulage hat. Das geht bei unserem Antrag mit diesen Befristungen nicht. Aus dem anderen Antrag sehe ich heraus, da hat er die Beförderung, da ist das nicht drinnen und wenn er versetzt wird, dann hat er das Recht auf die gleiche „Gage“ bzw. auf das gleiche Gehalt. Sicherlich, ich möchte nur Befristungen, damit man sie dann wieder zurücknehmen kann.

Zwischenruf: Da muß man ja richtig aufpassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich weiß das auch nicht. Bitte? Vielleicht können wir nochmals zur Aufhellung einen Beitrag des Herrn Dr. Alphasamer bekommen. Jeder weiß einwenig etwas anderes.

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ich versuche, das jetzt so zu formulieren, daß es möglicherweise abstimmungsreif wird. Ich glaube, aus den Wortmeldungen des Herr Dr. Pfeil und des Herrn StR Spöck entnommen zu haben, daß es wohl so gemeint war, daß nur die Beförderungen in die Spitzendienstklasse nicht erfolgen soll.

Zwischenrufe: Nein, nein.

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Das hast du selber gesagt. Von der V in die VI soll er schon kommen.

Zwischenruf: Die normale Beförderung schon.

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ja richtig. Die normale Beförderung soll möglich sein.

Ordnungsruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um ihre Aufmerksamkeit.

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Auch der Herr StR. Spöck hat gesagt, so habe ich ihn zumindest gehört, daß er eine Beförderung von der V in die VI Dienstklasse, wenn es sich um eine Regelbeförderung auf seinem bisherigen Dienstposten entsprechen würde, möglich sein soll. Nur die Beförderung der Spitzendienstklasse nicht. Dem würde der Punkt 1) des SPÖ- Antrages Rechnung tragen. Der Punkt 2) des SPÖ-Antrages deckt sich im wesentlichen mit der

Forderung der F-Fraktion, die ursprünglich eingebracht wurde. Neu ist der Punkt 2) des ÖVP-Antrages, den man hier als Punkt 3) dem SPÖ-Antrages anfügen könnte. Dann wäre es meines Erachtens beschlußreif, denn dann deckt sich das mit allen Wünschen, die hier vorgetragen wurden. Das wäre mein Vorschlag. Den SPÖ-Abänderungsantrag in seinen beiden Punkten zu beschließen und ihm als dritten Punkt den ÖVP-Antrag anzufügen, dann sind alle Forderungen, die hier gestellt wurden, bestmöglich berücksichtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, jetzt haben wir die Erleuchtung erfahren. Ist das von der ÖVP-Fraktion akzeptiert.

Zwischenruf: Wir sind der Meinung, daß das nicht ganz annehmbar ist. Die FAL sind...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nicht, das haben wir gesagt, daß wir uns das nicht unterschieben lassen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Darf ich das, was in den Kreuz- und Querwortmeldungen versucht wurde, darzustellen, zusammenfassen und vorlesen. Was ich dann nicht mehr lesen soll, streichen wir, und dann glaube ich, bringen wir es zusammen.

Punkt 1) soll lauten.

Während einer befristeten Bestellung im Sinne der GEO des Magistrates - leitenden Bediensteten habe ich weggestrichen - werden Beförderungen in Dienstklassen, die nur aufgrund des Vorhandenseins dieses Spitzendienstpostens - das kann ich ruhig so nennen, wie er dann heißt ist ja egal, ...

Zwischenruf.

... dann geben wir Spitze weg - dieses Dienstpostens erreicht werden können, nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung wird die Beförderung unter Anrechnung des Zeitpunktes, zu dem diese möglich gewesen wäre, nachgeholt. Der § 30 gehört schon hinein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der gehört schon hinein.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das ist jetzt schwarz auf weiß dargestellt, was der Herr Richard Gollatsch in seiner Darstellung wollte. Nämlich den Hinweis auf das OÖ Landesgehaltsgesetz. Unten können auch die leitenden Bediensteten gestrichen werden.

Ebenso werden bei Bediensteten, die im Sinne der GEO des Magistrates befristet bestellt sind, Überstellungen, die nur aufgrund des Vorhandenseins dieses Dienstpostens möglich sind, während der Befristung nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung. Paßt.

Punkt 2)

Zulagen und Nebengebühren, die im Rahmen einer befristeten Verwendung gewährt werden, werden bei Ablauf der Bestattungsdauer wieder aberkannt.

Punkt 3)

Zulagen, die im Rahmen einer Verwendung gewährt werden, werden nur mehr auf den Verwendungszeitraum ausgesprochen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ruhe! Jetzt haben wir die Zusammenfassung des Personalreferenten gehört. Mich interessiert jetzt, was der rechtskundige Beamte zu dieser Formulierung, die wir durch den Herrn Spanring gehört haben, sagt. Was heißt das jetzt konkret?

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Es ist, bis auf ein Wort, diesem Antrag zuzustimmen, wenn wirklich beabsichtigt ist, das möchte ich nochmals feststellen, daß ein Bediensteter von der IV in die V Dienstklasse kommen kann, dann muß das Wort „Spitzendienstposten“ in irgendeiner Form vorkommen. Wenn man nur sagt, aufgrund des Vorhandenseins eines Dienstpostens ist die Beförderung möglich. Das Vorhandensein eines Dienstpostens ist auch die Voraussetzung, wenn jemand von der III in die IV Dienstklasse kommt. Wenn kein Dienstposten ...

Zwischenruf.

Nein. Wenn es heißt: Nur aufgrund des Vorhandenseins eines Dienstpostens, ist eine Beförderung möglich, das gilt auch von der III in die IV Dienstklasse. Auch dafür braucht er einen Dienstposten. Wenn man nur sagt: Aufgrund des Vorhandenseins eines Dienstpostens, dann wäre er auch von der Beförderung von der III in die IV Dienstklasse ausgeschlossen. Denn wenn der Dienstposten nicht vorhanden ist, dann kann er auch

nicht von der III in die IV Dienstklasse kommen. Die VI Dienstklasse hat darauf keinen Einfluß. Es kann nur so sein, daß er die Spitzendienstklasse, die er erreichen kann, nicht erreicht.

Zwischenruf: Das ist ein „Schmäh“.

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Nein, das ist kein „Schmäh“. Du kannst ohne Dienstposten nicht von der III in die IV Dienstklasse kommen. Man braucht dafür einen Dienstposten. Ausgeschlossen soll ja nur die Spitzenbeförderung sein, nämlich in die VII Dienstklasse. Daher muß das Wort Spitzendienstklasse heißen. Bei der C in die V, bei der A in VIII oder IX. Das ist klar. Wir hatten bis jetzt immer das B- Beispiel, ich wollte daher bei diesem Beispiel bleiben, da es sonst noch verwirrender wird. Wenn man es nur davon abhängig macht, vom Vorhandensein eines Dienstpostens, dann trifft das auf jede Beförderung zu. Eine Beförderung ohne Vorhandensein eines Dienstpostens ist nicht möglich. Auch von der II in die III Dienstklasse nicht. Wenn also nur gewollt wird, daß man nur die Spitzendienstklassenbeförderungen nicht erreichen kann, dann muß man auch auf den Spitzendienstposten abstimmen. Ist es jetzt gewollt, daß er von der III in die IV kommt? Ja oder nein? Ich habe gehört ja. Auch von der ÖVP.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Des höheren Postens. Wenn man schreibt eines höheren Postens?

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Richtig. Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein eigener Terminus.

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Richtig.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Darf ich kurz etwas sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, Herr Kollege Schloßgangl. Vielleicht trägst auch du noch deine Gedanken vor. Jetzt wird es kompliziert. So etwas hätte vorher genau ausgehandelt gehört.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Antrag liegt schon seit einem Monat vor.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich spreche da ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich könnte mir folgendes zum Abänderungsantrag der SPÖ vorstellen. Punkt 1) Während einer befristeten Bestellung im Sinne der GEO des Magistrates, werden Beförderungen in Dienstklassen, die nur aufgrund des Vorhandenseins dieses Dienstpostens erreicht werden können, nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung und der definitiven Bestellung wird die Beförderung und auch nicht der Zeitpunkt zu der diese möglich gewesen wäre, nachgeholt. Naja, dann hat er keine Möglichkeit, daß einer aus einer niedrigeren Dienstklasse eine Beförderung bekommt. Auf die Dauer der befristeten Bestellung kann, wenn bei einer unbefristeten Bestellung - das ist jetzt der Punkt, wenn er auf dem alten Posten bleiben würde, oder bin ich da nicht richtig - würde eine Beförderung möglich sein, bzw. eine Gehaltszulage gem. § 30e erhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Nein, nein.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Dann müßte man hineinbringen, daß die aus seinem ursprünglichen Dienstgrad zustehende Beförderung gewährt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das paßt auch nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben gedacht, daß das mit dieser Formulierung gewährleistet ist. Es geht ja nur um Spitzen-dienstposten, denn nur dort nehmen wir befristete Bestellungen vor.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Es sind ja auch schon viele andere vorgenommen worden, oder umgestellt worden. Das wollten wir eigentlich verhindern. Er soll seine Beförderung bekommen, wenn sie ihm zusteht ...

Ordnungsruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Ruhe. Jetzt hast du mitten drinnen aufgehört. Wir haben die Erleuchtung noch nicht.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Es sollte jeder seine Beförderung bekommen, die ihm zusteht, aber nicht aus einem befristeten Dienstverhältnis. Das ist der Sinn und Zweck des Ganzen. Das möchten wir erreichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ja sichergestellt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Befristet möchten wir es nicht, befristet möchten wir es eigentlich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Was ich nicht verstehe, wenn ich dort arbeite, bekomme ich einen höheren Posten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind dabei, wir unterstützen das voll, was sie gesagt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Dr. Schwager bitte. Das ist so kompliziert, das ist ein Theater.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Das Recht ist sowieso ein „Hund“, wie man so schön sagt, und das öffentliche Dienstrecht ist ein „Hund mit zwei Ketten“. Wir können in dieser Sache, glaube ich, langsam aber sicher weiter kommen. Wir haben zwei ziemlich klare Abänderungsanträge zu diesem Hauptantrag vorliegen. Es steht fest, daß der Abänderungsantrag der ÖVP der komplexere in seiner Formulierung ist. Er ist klar formuliert, so wie ihn der GR Gollatsch eingebracht hat. Meines Erachtens ist er in dieser Form abstimmungsreif. Genauso abstimmungsreif ist der SPÖ-Antrag. Warum auch nicht? Ich glaube nicht, daß wir uns jetzt mit Gewalt bemühen müssen, irgendeine Formulierung zu finden, die alle Stimmen findet. Warum sollte man jetzt nicht einmal abstimmen? So hat das der Herr Direktor erklärt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, zuerst müssen wir einmal ... Herr Kollege Rohrauer bitte.

Ordnungsruf.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich glaube, beim Antrag der SPÖ geht es darum, daß wenn sich heute einer aus der V Dienstklasse für einen FAL-Posten bewirbt, so kommt er sofort in die Spitzendienstklasse, in die VII. Er sitzt aber in der V und macht die VI durch, hat zB eine Befristung auf 4 Jahre und würde dann in die VII kommen. In die VII kann er aufgrund des Antrages nicht kommen, weil hier dann die Beförderungssperre in Kraft tritt. Das heißt, er als Chef würde dann weniger verdienen, als wie seine Mitarbeiter. Um das herauszubekommen, ist eine Zulage geplant, daß wenn er die Möglichkeit hat, in die VII zu kommen, diese auch zu bekommen. Wenn er dann definitiv als Leiter bestellt wird, fällt diese Zulage weg und er steigt dann in die VII Dienstklasse auf. So lautet dieser Antrag. Es geht nur darum, daß ein Bediensteter der Dienstklasse V nicht in den Nachteil gegenüber seinen anderen KollegInnen kommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte? Jaja.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Es heißt ja unter Punkt 2), Zulagen und Nebengebühren, die im Rahmen dieser Verwendung gewährt werden, fallen bei Ablauf weg. Die sind dann weg.

Zwischenruf: Möchten sie die Zulagen, ja oder nein?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mir wird das ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn er vorübergehend in die höhere Dienstklasse kommt, bekommt er Zulagen, wenn er wieder zurück geht ...

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Stimmen wir jetzt ab?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Warte noch.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wortlaut?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mir ist immer noch nicht ...

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Machen wir jetzt weiter?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Über was möchtest du den gerne abgestimmt haben Herr Antragsteller? Herr Alphasamer hat vorgeschlagen, den Antrag um den Punkt 3) zu ergänzen. SPÖ Abänderungsantrag ergänzt um den Punkt 2) des ÖVP Abänderungsantrages. Das war der Vorschlag des Herrn Alphasamer und der würde alle diese Gesichtspunkte, die von den Fraktionen vorgebracht wurden, abdecken. Bitte?

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Zur Geschäftsordnung: Wenn dem Vorsitzenden der Antrag klar ist, geht der Antrag zur Abstimmung. Es muß der Antrag nochmals vorgetragen werden, über den schließlich dann abgestimmt werden soll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich gerade versucht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich hätte auch noch etwas zur Geschäftsordnung zu sagen. Nur wenn dieser Antrag jetzt

um den Punkt 3) vermehrte SPÖ Abänderungsantrag keine Mehrheit findet, dann haben die Leute, die den Abänderungsantrag der ÖVP erweitert mit Punkt 2), die Mehrheit geben wollten, Pech gehabt. Deshalb wäre eine differenzierte Abstimmung besser. Das man sagt, wir stimmen dem erweiterten und dem anderen Antrag der Reihe nach ab. Wenn der nicht die Mehrheit bekommt, dann nehmen wir den anderen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben gerade gesagt, der ist zustimmungsfähig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe ja gesagt, wenn der nicht die Mehrheit findet, dann bin ich nicht dafür. Dann braucht über den anderen nicht mehr abgestimmt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was müssen wir herausstreichen?

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Dieser Halbsatz gehört herausgestrichen. Weiter bis werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Werden ...

PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Nein, das gehört hinein. Statt dieses müßte es jenes heißen. Eines gehört weg. Da unten gehört dasselbe geschrieben. Die leitenden gehörten auch irgendwie weggestrichen. Dann wieder eines, statt dieses. Dann müßte es passen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Warum streichen wir das weg?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt müßten wir das noch kopieren.

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Jetzt müßten wir ihn einmal vorlesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das möchten sie vorliegen haben, nehme ich an.

Ordnungsruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Jetzt haben wir eine Vorlage gemacht, wo alles drinnen ist, wie ich glaube. Seit ihr einverstanden, daß wir fünf Minuten unterbrechen. Dann können wir den Antrag kopieren lassen und anschließend verteilen. Dann gibt es vielleicht den Antrag, der hier dann ihre Zustimmung findet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bitte, eines hätte ich schon noch gerne geklärt. Es gibt Auffassungsunterschiede bei dem 1. Absatz des Punkt 1). Auf Dauer der befristeten Bestellung besetzt werden. Das ist der Punkt, der noch diskutiert werden muß.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Welcher Punkt ist das jetzt?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wird - wird gehört gestrichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auf die Dauer der befristeten Bestellung des leitenden Bediensteten.

VIZEBÜRGERMEISTERDR. LEOPOLD PFEIL:

Dann kann man zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie steht es im Gesetz?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geben wir es raus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn wir das auch noch streichen, dann seit ihr der Meinung, daß wir uns leichter tun. Das ist ohnehin mittels Gesetze geregelt. Eines steht fest ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist ja hier wie im Kindergarten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Sitzung ist für 5 Minuten unterbrochen. Die Vorlage wird in der Zwischenzeit vervielfältigt und dann verteilt.

Sitzungsunterbrechung von 17.38 bis 17.50 Uhr.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt fehlt noch die Grüne-Fraktion. Wo sind den die wieder hingegangen.

Zwischenruf: Ich hole sie.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Mühsam! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Bitte Herr Referent, versuchen sie den Abänderungs-antrag Nr. III zu verlesen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich hoffe wir kommen jetzt zu einem Beschluß. Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Es liegt jetzt der Abänderungsantrag Nr. III vor. Er liegt jetzt jedem vor. Ich möchte ihn jetzt eigentlich nicht mehr vorlesen. Ich möchte den Vorsitzenden bitten, über den vorliegenden Antrag, der jetzt drei Punkte enthält, abstimmen zu lassen.

Abänderungsantrag III)

Punkt 1) soll lauten:

1) Während einer befristeten Bestellung werden Beförderungen in Dienstklassen, die nur aufgrund des Vorhandenseins eines Spitzendienstpostens erreicht werden können, nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung und der definitiven Bestellung zum Leiter einer Fachabteilung bzw. eines Geschäftsbereiches wird die Beförderung unter Anrechnung des Zeitpunktes, zu dem diese möglich gewesen wäre, nachgeholt.

Ebenso werden bei Bediensteten, die befristet bestellt sind, Überstellungen, die nur aufgrund des Vorhandenseins eines Spitzendienstpostens möglich sind, während der Befristung nicht durchgeführt. Nach Aufhebung der Befristung und der definitiven Bestellung zum Leiter einer Fachabteilung bzw. eines Geschäftsbereiches wird die Überstellung unter Anrechnung des Zeitpunktes, zu dem diese möglich gewesen wäre, nachgeholt.

Punkt 2) soll lauten:

2) Zulagen und Nebengebühren, die im Rahmen einer befristeten Verwendung gewährt werden, werden bei Ablauf der Bestelldauer wieder aberkannt.

Punkt 3) soll lauten:

Zulagen, die im Rahmen einer Verwendung gewährt werden, werden nur mehr auf den

Verwendungszeitraum gewährt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Findet dies jetzt ihre Zustimmung, oder möchte noch jemand das Wort ergreifen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Weitestgehend ist das jetzt der dritte Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben uns vorerst darauf geeinigt, daß wir den Abänderungsantrag Nr. III vorlegen. Dieser liegt jetzt vor. Dieser enthält alle Änderungswünsche. Jetzt sollten wir zu einem Ergebnis kommen, auf das würde ich einen gesteigerten Wert legen. Herr GR Gollatsch dazu nochmals.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Zum dritten Mal. Wenn wir über diesen Antrag abstimmen, dann ziehe ich meinen Abänderungs-antrag zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was ist wenn der Antrag fällt?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der fällt schon nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann hat er ihn nicht zurückgezogen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann bleibt er aufrecht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir stimmen über diesen vorliegenden Abänderungsantrag Nr. III ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich ein Zeichen der Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sind sie dafür, oder nicht dafür?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Enthält sich jemand der Stimme? Nicht der Fall. Einstimmige Annahme des Antrages. Durchs Reden kommen die Leute zusammen. Es war kompliziert, aber wir haben es geschafft. Wir kommen zur Nr. 12). Herr Stadtrat Spanring bitte. Wo ist der Akt? Wer hat den Akt?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung, Kinderweihnachtsfreier, Zuschüsse für Prüfungen, Kurse, Theaterkarten, Hochzeiten ect. und Pensionistenbetreuung;

Kinderweihnachtsfeiern wurde 1995 mit einer Aufwendung von S164.181,-- belegt. Zuschüsse für Prüfungen, Theaterkarten, Kurse, Hochzeiten wurden mit S 128.918,-- belegt. Die Pensionistenbetreuung schlugen mit S 74.901,40 zu Buche. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den GR.

12) Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung, Kinderweihnachtsfeier, Zuschüsse für Prüfungen, Kurse, Theaterkarten, Hochzeiten ect., Pensionistenbetreuung;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 30. Sept. 96 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben insbesondere zur Abwicklung der Kinderweihnachtsfeier, zur Gewährung von Zuschüssen für Prüfungen, Kurse, Theaterkarten, Hochzeiten ect., sowie zur Pensionistenbetreuung eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt S 270.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 270.000,-- bei der VAS. 1/0940/757000.0 freigegeben. Ich ersuche um Diskussion und um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stadtrat Spöck.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Das ist der zweite Versuch der Personalvertretung für Betriebsausflüge, Weihnachtsfeiern wie es im Amtsbericht heißt, Betriebsversammlungen für Schulungen, Kurse, Kultur, Theaterfahrten, Sportveranstaltungen und laufende Buskosten zu Geld zu kommen. In der GR-Sitzung vom 18. April 1996 ist dieser Versuch gescheitert. Es bekam weder der Hauptantrag mit den S 400.000,-- die Mehrheit, noch der Abänderungsantrag unserer Fraktion. Ich habe in der April-Sitzung gemeint, meine Damen und Herren des GR, daß eine Subvention in der Höhe von S 400.000,--, in den Vorjahren waren es ja S 450.000,-- bzw. S 500.000,--, für diese Anzahl von Mitarbeitern gerechtfertigt wäre. In Zeiten der Sparsamkeit muß auch hier überprüft werden, ob die Höhe des Betrages paßt. Daran hat sich nichts geändert, insbesondere wenn ich an das Gehaltsschema denke. Ich halte eine Kürzung für gerechtfertigt. Wir werden noch die Möglichkeit haben, in entsprechenden Arbeitskreisen über die Beförderungsrichtlinien, über die Zulagen, die Dienstpostenbewertungen usw. zu sprechen. Der richtige Weg wäre überhaupt, meine Damen und Herren, daß der Dienstgeber sprich der Magistrat, wenn er will, diese Subventionen gewährt. Beim Bund, Herr Gollatsch, gibt es keine Subventionen in dieser Art. Hier zahlt der Steuerzahler die Subvention. Trotzdem glaube ich ist unsere Position aufrecht von der letzten GR-Sitzung im April. Wir finden, daß eine Subvention unter gewissen Umständen vertretbar ist, aber nicht in dieser Höhe. Ich darf daher einen Abänderungsantrag einbringen. Einen Abänderungsantrag unserer Fraktion, der wie folgt lautet:

Abänderungsantrag zum Antrag zur Durchführung der Personalbetreuung gem. § 42 Punkt 8 des Stadtstatutes in Verbindung mit § 9 der GEO des GR. Es wird folgender Abänderungsantrag zu den in Punkt 12) in Behandlung befindlichen Sachen gestellt.

Abänderungsantrag Nr. I:

Der GR möge beschließen:

Die im Antrag vorgesehene Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung ist auf S 180.000,-- zu kürzen.

Die Personalbetreuung ist auf S 180.000,-- zu kürzen. Dh. die S 200.000,-- vom letzten Mal minus der S 21.000,-- für die Kinderferienaktion ergibt die S 180.000,--.

Ich darf diesen Abänderungsantrag dem Bürgermeister überreichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag weiter das Wort? Herr Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Grundsätzlich sollte man sich an die Beschlüsse des GR, an gültige Beschlüsse des GR, halten. Dh, daß dieses Jahr keine Subventionen gewährt werden. Das ist ein Beschluß des GR, der sollte uns heilig sein. Ich finde es nicht richtig, wenn nun die PV kommt und diesen Beschluß mittels „zizerlweisem“ vortragen von Anliegen zu unterlaufen versucht. Ob man hier mitmacht, das muß jeder GR für sich selber entscheiden. Im Amtsbericht dbzgl. stört mich - es stört mich eigentlich eine ganze Menge - ganz besonders der letzte Absatz auf der ersten Seite. Zitat: ... die Personalvertretung, die sie aus den Eigenmitteln finanzieren muß ... Niemand zwingt die Personalvertretung für all diese Agenden, die der StR Spöck schon angeführt hat, Geld auszugeben. Niemand zwingt sie, sie müssen nicht, sie können und sie wollen. Man muß auch einmal Dinge neu überlegen, ob wir da noch zeitgemäß unterwegs sind. Ich persönlich halte mich an den GR Beschluß vom April 1996.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine weitere Wortmeldung? Doch noch eine Wortmeldung, Herr Kollege Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Grundsätzlich ist es schon richtig, daß man sparen muß. Im Endeffekt hat das auch das Personal des Magistrates durchgeführt, und hat schlußendlich bei der Personal- betreuungsreduktion eine Reduktion von 42 % hinnehmen müssen. An sich ist es auch rechtens, in seinen Ankündigungen über Familienbetreuung, über Kinderbetreuung, über Pensionistenbetreuung zu sprechen und dann, wenn es darauf ankommt, etwas anders zu agieren. Aus diesem Grund - auch in Anerkennung des Sparwillens - möchte ich einen Abänderungsantrag zum Antrag auf

Subventionierung der Personalbetreuung der wie folgt lautet, stellen:

Abänderungsantrag Nr. II)

Die Subvention soll sich ausschließlich auf die Abwicklung der Kinderweihnachtsfeier und der Abwicklung der Pensionistenbetreuung beziehen. Der Antrag soll dann lauten:

Der GR möge beschließen:

Der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr wird zur Durchführung der Personalbetreuung betreffend die Abwicklung der Kinderweihnachtsfeier (ca. S 165.000,--) und der Pensionistenbetreuung (ca. S 75.000,--) eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt S 240.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck werden die erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 240.000,-- bei der VSt. 1/0940/757000.0 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Liegt ein weiterer Abänderungsantrag vor? Ich darf fragen, ob noch jemand das Wort wünscht? Die Debatte ist im Gang. Zwei Abänderungsanträge liegen vor. Zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Seinerzeit haben wir die S 400.000,-- Subvention aus bereits erwähnten Gründen abgelehnt. Wir waren der Meinung, daß man einfach so ins Blaue, oder so ins Rote hinein, S 400.000,-- ohne die genaue Verwendung zu kennen - man wußte nicht genau, ob auch Kosten für die reine Personalvertretung anfallen, oder nur gezielte Aktionen betrifft - beschließt, nicht richtig. Das war auch der Grund, warum wir damals dagegen waren. Ich kann mich sehrwohl mit dem Abänderungsantrag der ÖVP anfreunden. Jetzt ist ein konkreter Antrag da. Es sollen mit dem Geld Kinderweihnachtsfeiern usw. subventioniert werden. Allerdings nicht in dieser Höhe. Ich glaube, man kann dies durchaus unterstützen. Es gibt in diesem Haus nicht nur leitende Beamte, sondern auch sehr viele kleinere und mittlere Bedienstete, denen man das durchaus zugestehen kann. Ich werde dem Abänderungsantrag der ÖVP zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR. Da schlägt das „Gewerkschaftsherz“ in der Brust des Kollegen Payrleithner. Ich bin nicht bei der Gewerkschaft und habe aber seinerzeit, wie es darum ging, über diese S 400.000,-- abzustimmen, dafür gestimmt. Der Kollege Vanec hat sich, glaube ich, der Stimme enthalten. Was also widerspiegelt, daß man einerseits die PV nicht im Stich lassen will, aber auf der anderen Seite sehr wohl darüber urteilen möchte, was mit diesem Geld passieren soll. Ich für meinen Teil möchte sagen, daß die S 240.000,-- unter der Voraussetzung, daß nichts mehr nachkommt, eine vertretbare Summe darstellen. Es ist eine wesentliche Reduzierung der ursprünglichen S 400.000,--. Im Hinblick darauf, daß hier etwas Wesentliches passiert, werde ich diesem Antrag meine Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Die Wortmeldung des Kollegen Apfelthaler hat mich veranlaßt, doch noch etwas zu sagen. Die Herztöne, die er vom Kollegen Payrleithner gehört hat, sind schon sehr leise gewesen. Als Gewerkschafter hier aufzutreten und für Sozialleistungen im Bereich der Beschäftigten einzutreten, daß die reduziert werden ... Ich habe das schon bei der seinerzeitigen Debatte hier im Hause gesagt, daß es in jedem anständigen Unternehmen kein Privileg ist und nichts besonderes ist, - daß Aktivitäten, die für das Zusammenkommen dienlich sind, finanziert werden, - sondern eine übliche Vorgangsweise. Ich glaube der seinerzeit zur Diskussion stehende Betrag war nicht so hoch, daß man sagen kann, daß durch ihn der Stadt ein gewaltiges Budgetloch entsteht. Wir bekennen uns auch zum Sparen, das haben wir auch immer betont. Ich glaube, daß das auch ein Signal ist, daß hier der Betrag von S 270.000,-- auf S 240.000,-- reduziert wird. Ich würde ersuche, daß der Antrag eine breite Mehrheit - vor allem von jenen, bei denen man Herztöne vernehmen konnte - erhält.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. (13 Dafürstimmen - 8 ÖVP, 5 F). Wer ist gegen diesen Antrag? (20 Gegenstimmen - 15 SPÖ, 2 GAL, 3 F). Enthält sich jemand der Stimme? Nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Nun lasse ich über den Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. (18 Dafürstimmen - 15 SP, 2 GAL, 1 F). Wer ist gegen den Antrag? (14 Gegenstimmen - 6 F, 8 ÖVP). Übt jemand Stimmenthaltung? (1 Stimmenthaltung - 1 F). Der Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion hat die Mehrheit bekommen, ist mehrheitlich angenommen.

Zwischenruf: Stimmt nicht!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

33 sind wir, 18 und 14 sind 32.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Herr Kollege Spanring. Ich ersuche den Kollegen Tatzreiter um seinen Antrag.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium. Ich darf ihnen heute meinen einzigen Antrag vortragen. Es geht um den Verkauf der Busgarage im Münichholz an Herrn Strauß. Es geht darum, den Verkauf dieser Busgarage zu beschließen.

13) ÖAG-45/96

Verkauf der Busgarage an Herrn Roland Strauß, 4400 Steyr, Färbergasse 12;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privat-rechtsangelegenheiten vom 4. Oktober 1996 wird dem Verkauf der Liegenschaft EZ 364, KG 49210 Hinterberg, bestehend aus den Grundstücken 381/6 und 381/7 im Gesamtausmaß von 5.716 m² an Herrn Roland Strauß, Inhaber der Firma Inschrift Strauß, 4400 Steyr, Färbergasse 12, zu den nachstehenden Bedingungen zugestimmt:

Der Kaufpreis beträgt S 9 Mio. und ist in sechs Teilbeträgen zu entrichten, wobei im heurigen Jahr eine Rate von S 4 Mio. zur Zahlung fällig ist. Die restlichen S 5 Mio. können in den Jahren 1997 bis 2001 in Jahresraten von je S 1 Mio. wertgesichert nach dem VPI 1986 auf Basis des für den Monat Oktober 1996 zu verlautbarenden Indexwert bezahlt werden.

Die Stadt hat die Haftung für die Funktionstüchtigkeit der Heizanlage am Tage der

Übergabe des Objektes zu übernehmen sowie für die Erfüllung der letztmaligen Vorkehrungen entsprechend dem noch zu erlassenden Bescheid des Amtes der OÖ Landesregierung für die ehemalige Betriebstankstelle zu sorgen. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich darf bitten, darüber zu diskutieren, bzw. diesen Verkauf zu beschließen. Ich bitte um ihre Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß alle Verkäufe aus der öffentlichen Hand ausgeschrieben gehören. Es kann nicht sein, daß man nur mit einem Käufer verhandelt und das dann dem GR als gegebenes Resultat vorlegt. Insbesondere was die Zahlungsmodalität betrifft, habe ich bedenken, nämlich deshalb, weil wir dJ nur einen Teilbetrag bekommen. Die anderen Teilbeträge können in 5 Jahresraten bezahlt werden. Ich denke, daß es wesentlich besser und auch für die Stadt von der finanziellen Seite von Vorteil gewesen wäre, wenn wir die Busgaragen bzw. alle Objekte ausgeschrieben hätten und daß diese Verkäufe umfassend diskutiert worden wären. Trotzdem, aufgrund der besonderen Lage und der besonderen Verwendung der Gelder, die aus diesem Verkauf resultieren, werde ich persönlich diesem Verkauf zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Ing. Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Grundsätzlich möchte ich dazu anmerken, der Verkauf der Busgarage hätte normalerweise ausgeschrieben werden müssen. Wir wußten auch nicht, daß es dafür Schätzgutachten gibt, und wie hoch diese Gutachten waren. Das war uns vorher nicht bekannt. In Anbetracht der Dringlichkeit und des vorhandenen Verhandlungsspielraumes, den wir beim Kauf der Röderliegenschaft hatten, finde ich die Vorgangsweise trotzdem für tolerant und tolerierungswürdig. Ich glaube, es war sehr sinnvoll, daß man die Bewerber, die sich für das Rödergrundstück angestellt haben, damit soweit befriedigt haben, daß sie nicht den Preis für diese Liegenschaft hinauf-getrieben haben. Wie mir nachträglich bekannt wurde, gibt es

Schätzungsgutachten und eine interne Schätzung in Höhe von rd. S 8 Mio. Die zu erzielenden S 9 Mio. sind also als ein durchaus angemessener Preis anzusehen. Ich glaube, es ist und wäre nicht leicht gewesen, dieses riesige Areal mit der großen Halle zu verkaufen. Für dieses Objekt gibt es nur bestimmte Nutzer. Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß gerade aufgrund der Lage in erster Linie Transportunternehmer oder Busunternehmen in Frage gekommen wären. Dadurch hätte es aber ein großes Verkehrsaufkommen gegeben. Das Wohngebiet im Münichholz wäre dadurch gestört worden. Ich glaube, daß summa summarum gesehen dieser Deal mit dem Verkauf dieser Halle und mit der Abdeckung der ersten Teilzahlung von S 4 Mio. den Stadthaushalt in die Lage versetzt, das Rödergrundstück zu kaufen, nämlich ohne Kreditüberschreitung oder ohne zusätzlicher Darlehensaufnahme. Daher möchte ich sagen, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren. An sich gebe ich den Vorrednern insofern Recht, als der Verkauf der Busgarage im Zusammenhang mit dem Erwerb der Liegenschaft „Röder“ eine Notwendigkeit war, die möglichst schnell vollzogen werden mußte. Dennoch stößt es auch bei mir unangenehm auf, daß hier keine Ausschreibung stattgefunden hat. Im Gegenteil, als mir bekannt wurde, daß hier ein sehr ernsthafter Interessent konkrete Kaufgespräche geführt hat, von deren Scheitern er erst aus der Zeitung gehört hat, insofern - so wurde es mir erzählt - daß die Firma Strauß - es sei ihm die Liegenschaft vergönnt, er ist ein tüchtiger Unternehmer - diese Liegenschaft erworben hat. Wie gesagt, ich glaube, daß der Kaufpreis von S 9 Mio. sicherlich ein gut ausgehandelter Preis ist. Ist gibt eine Nebenbedingung zum Nachteil der Stadt, nämlich wie es da im Antrag heißt, die letztmaligen Vorkehrungen entsprechend den noch zu erlassenden Bescheid des Amtes der OÖ Landesregierung. Da steht allerdings, daß man nur für die ehemalige Betriebsstelle dafür zu sorgen hat. Ich bin 1949 genau in dieses Eck, nämlich in den 3er Abschnitt, nach Steyr gezogen. Man hatte das Geschäft Engertsberger & Mach immer gut im Auge. Unser Weg zum Autobus, der damals nur bis zur Punzerstraße ging, führte dort, wo jetzt die Busgarage steht, vorbei. Es war eigentlich schon alles geschlängert für den Weiterbau der Bauten für den Abschnitt 2. Damals, daran werden sich noch wenige von ihnen erinnern, gab es eine Stichbahn. Diese Stichbahn ist von den Steyrerwerken mittels einer Rampe hinunter gegangen. Die endete dort, wo jetzt der Sportplatz bzw. die Busgarage ist. Am Ende dieser Stichbahn, welche eine normale Spur hatte, sie war nur oben durch einen Bombentreffer unterbrochen, lagen einige Schienen herum. Das ist noch nicht sehr tragisch, Metall kann man leicht wegräumen. Aber es lagen noch halbvolle Ölfässer und ähnliches Zeug herum. Schul- und studienbedingt bin ich vom 3er Abschnitt weggekommen und konnte dann nicht mehr verfolgen, was mit diesem Zeug passierte. Ich konnte nicht verfolgen, ob die sicherlich kontaminierte Erde entsorgt wurde. Hätte ich in irgendeiner Form in die

Vertragsverhandlungen Einfluß nehmen sollen, dürfen oder müssen, dann hätte ich diese Erinnerung nicht verdrängt. Ich hätte gesagt, da könnte uns noch aus dieser Beschaffenheit der Erde, aus dieser Kontaminierung heraus, eine Last treffen. Soviel zum historischen Beitrag, den auch Historiker sicherlich kennen. An sich halte ich es für ein gutes Geschäft, und möchte insoferne dazu gratulieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich möchte vielleicht sagen, daß es mich freut, wenn hier eine Zustimmung, wenn auch nur in Molltönen, erfolgt. Ich persönlich möchte sagen, daß ich mich freue wie ein „grüner Käfer“, daß es gelungen ist, innerhalb von 12 Stunden einen Hauptkonkurrenten und Bieter für das Röderhaus zu finden, sozusagen mit dem anderen Objekt, welches wir ja verkaufen wollten - da waren sich alle Fraktionen einig -, daß wir das in diese Richtung verkaufen konnten, hat den Vorteil, daß es zu einem Preis passiert ist, den man zuerst erreichen muß. Wir konnten es auch an ein Steyrer-Unternehmen verkaufen. Er siedelt jetzt seinen NÖ-Teilbetrieb bei uns an und möchte dort expandieren. Es hat auch noch den unschätzbaren Vorteil gehabt, daß man am nächsten Tag nicht diesen Bieter dabei sitzen hatte, der uns dieses Röderhaus, mühelos und leicht um Beträge mit 7-Stellen hätte verkaufen können. Ich glaube, dieser Verkauf ist für alle Beteiligten befriedigend verlaufen. Wir können uns freuen, daß hier beide Geschäfte gelungen sind. Ich hoffe, daß hier ihre Zustimmung erfolgt. Wünscht der Herr Referent ein Schlußwort? Herr Referent bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Ich glaube, im Zusammenhang mit dem Jugend- und Kulturzentrum, das dort entstehen sollte, ist es ein wichtiges Objekt, daß wir durch den Interessenten Strauß und durch das Geschick unseres Bürgermeisters kaufen konnten. Ich darf namens der SPÖ-Fraktion gratulieren, daß das so gelungen ist. Ich glaube der Preis läßt sich sehen. Das Verhandlungsgeschick hat bewirkt, daß beide Problemfelder auf einmal weg sind. Herzlichen Dank.

Beifallskundgebungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Verkauf ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Verkauf? 1 Gegenstimme (F). Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (F). Der Verkauf ist mit Mehrheit beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf mitteilen, daß wir heute Beschlüsse im Wert von S 29.998.700,-- gefaßt haben. Aktuelle Stunde! Gibt es einen Antrag von der

SPÖ-Fraktion? Kein Thema. FPÖ-Fraktion?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Thema. Warte noch etwas, ich habe noch nicht unterschrieben. Das unterschreibe ich mit Genuß, das ist nicht oft der Fall.

Ordnungsruf.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kollegen und Kolleginnen des GR. Wir hatten 13) Tagesordnungspunkte und es ist 18.30 Uhr, dadurch werde ich mich sehr kurz halten. Aufgrund der Aktualität darf ich die Gelegenheit nützen, einige Bemerkungen zu den Ereignissen, die sich nicht nur in Österreich, sondern sich insbesondere in der Stadt ereignet haben, machen. Es geht um das Hochwasser der vergangenen Tage. Von dieser Stelle aus darf ich im Namen unserer Fraktion den Herrn Stadtrat Tatzreiter als zuständigen Referenten für die Feuerwehr bitten, daß er unseren Dank und unsere Anerkennung der Feuerwehr weiterleitet. Sie haben die Stadt trotz vorherigem zweinächtigen Einsatz wieder schnell gereinigt. Es gibt sehr viele ehrenamtliche Mitarbeiter. Ich möchte die Gelegenheit nützen, um einige allgemeine Bemerkungen in dieser Sache, die es wert sind, vorbringen. Diese Dinge sind uns ein Anliegen. Vielleicht könnte man etwas verbessern, da sich leider dieses Hochwasser in letzter Zeit immer öfter wiederholt. Vielleicht sollte man einmal überlegen, ob die Feuerwehr Steyr noch immer technisch auf dem neuesten Stand ist. Es betrifft nicht die Feuerbekämpfung, sondern den Einsatz bei Hochwasser. Es ist zur Zeit technisch noch nicht lösbar, daß von unten her zB Kanal, Grundwasser, die Häuser schützt werden. Ich bin informiert, daß es Möglichkeiten gibt, Kanäle nicht nur über Rückschlauchventile, sondern mit einer Art Ballon abzudichten. Über diese Möglichkeit verfügt die Feuerwehr Steyr nicht. Ich bin nicht der Vertreter von Herrn Alber, der hat angeblich aus diesem Grund einen großen Schaden. Nicht nur er hat dadurch einen großen Schaden, sondern auch andere Personen vom Ortskai. Dort können zwar die Häuser nach außen hin durch die Aluabdeckungen gesichert werden. Diese Abdeckungen wurden von der Gemeinde subventioniert. Man bemerkte aber dann, daß über das Kanalsystem wiederum Wasser eindringen kann. Es sind dadurch wieder Schäden entstanden. Es ist eine Überlegung wert, ob die Feuerwehr nicht noch auf den neuesten Stand gebracht werden soll. Es wurde mir mitgeteilt, daß das in anderen Städten bereits möglich ist. Das ist das eine. Das andere, was immer wieder für große Verwirrung sorgt und die Bevölkerung immer sehr verunsichert, daß ist die meiner Meinung nach sehr schlecht bis nicht vorhandene Koordination der zuständigen Gremien, wie zB der

Feuerwehr, dem Lastenverteiler EKW und der Polizei. Ich habe das, da ich selber Betroffener bin, selber genau beobachtet. Die Berichte, die über die Medien hinausgegangen sind, insbesondere durch den ORF, waren sehr unterschiedlich. Man braucht nur den Anstieg des Pegelstandes hernehmen. Es wurde von einer Sturmflut von einem Meter von Klaus auf Steyr berichtet. Auch der berichtete Höchststand war nicht ganz nachvollziehbar. Der Pegelstand, der am Ortskai gemessen wurde, ist von 0.00 Uhr bis 4.00 Uhr um 1 ½ Meter gestiegen. Ich lebe jetzt schon 45 Jahre neben der Enns, es war so, daß das Wasser kontinuierlich angestiegen ist. Aber in so kurzer Zeit war das noch nie der Fall. Diese Erfahrung habe nicht nur ich gemacht, sondern auch viele andere Anrainer. Ich habe mich beim Lastenverteiler erkundigt. Es wurde mir mitgeteilt, daß aufgrund der 2-3 %igen Speicherkapazität von Laufkraftwerken nicht anders möglich ist. Es erscheint mir etwas eigenartig, daß in so kurzer Zeit ein derartiger Anstieg in zwei Phasen erfolgt ist. Dies führte zu wirklich katastrophalen Zuständen. Die Leute waren teilweise nicht mehr in der Lage, ihre Keller rechtzeitig auszuräumen. Vielleicht sollte man die Zusammenarbeit und die Koordination zw. den zuständigen Gremien besser absprechen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch etwas Erfreuliches sagen. Wir haben uns für den Gasanschluß am Ortskai eingesetzt, welcher in der Zwischenzeit erfolgt ist. Es gab dbzgl. sehr viele Zwischenschüsse. Diese kamen leider von einigen Beamten. Sie kamen nicht vom zuständigen Referenten, das möchte ich ausdrücklich betonen. Diese Beamten sind in den letzten Tagen an uns herangetreten und haben sich bedankt. Jetzt fallen die weggeschwemmten Öltanks, die kaputten Brennstoffe udgl. weg. Dieses Thema ist jetzt, Gott sei Dank, weg.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. SPÖ-Fraktion. Herr Stadtrat Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Ich überbringe gerne den Dank an die Feuerwehrleute. Es war mir auch persönlich ein Bedürfnis, mich bei der freiwilligen Feuerwehr für den mustergültigen Einsatz zu bedanken. Sie waren nicht nur eine Nacht, sondern zwei Nächte im Einsatz. Am Montag konnte man feststellen, was alles in diesem Zusammenhang passiert war. Zu den Schwierigkeiten mit den Kanäle möchte ich noch etwas sagen. Es ist richtig, daß wir nicht mit solchen Ballons ausgerüstet sind. Es ist eine schwierige Aufgabe, diese Ballone einzusetzen. Erstens sind diese Ballone nicht sehr leicht zu lagern, dh. man müßte sich leicht aufgeblasen lagern, sonst würden irgendwelche Risse entstehen. Sie liegen dann auf einen Stoß zusammen und würden vielleicht dadurch Risse bekommen. Das ist das eine. Das zweite wäre, vielleicht könnten wir diese Ballone gar nicht so schnell aufblasen, wie es nötig wäre. Aufgrund der hohen Anzahl der Kanäle, die entlang der Enns und der Steyr liegen, ist es nicht möglich, alle diese Kanäle mit diesen Ballonen abzudichten. Vielleicht gibt es eine andere Möglichkeit. Wir haben schon einiges überlegt. Für diese Neuanschaffung

braucht man ein großes Budgetvolumen. Was ich ohnehin auch noch anmerken möchte, was uns dieses Mal passiert ist, hat damit zu tun, daß uns die Sandsäcke ausgegangen sind. Eine Menge dieser Sandsäcke wurde aufgrund ihres Alters auch noch kaputt. Wir hatten dieses Mal Ebbe bei den Sandsäcken. Ich möchte dazu sagen, daß dies eine wichtige Anschaffung ist. Die Feuerwehr hat es so dargestellt, daß die Sandsäcke rasch nachbestellt werden müssen. Diese Investition muß noch getätigt werden, um möglichst gut einem neuen Hochwasser entgegenwirken zu können. Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, wenigstens von innen her den Schutz zu gewähren. Wir sind aufgrund des Zustandes der Sandsäcke dem Wasser nicht überall gerecht geworden. Es ist vielleicht ein Wunsch, gerade wenn in so einer Dimension das Wasser kommt, - nämlich in zwei Etappen, vorerst war es nicht erkennbar, daß es in so einer Dimension kommt, das haben auch die Lastenverteiler bzw. Staubeauftragten nicht erkannt, - die Hauser zu schützen. Ich bin mehrmals mit der Feuerwehr in Kontakt getreten und habe sie gefragt, wie die Lage ist. Sie haben mir immer gesagt, es läßt etwas nach. Es wird sich etwas reduzieren. Dann bekamen sie eine Meldung von der Steiermark und vom Bereich Salzburg, es war fast überraschend, daß wiederum sehr starke Niederschläge eingesetzt haben. Es gab wolkenbruchähnliche Regenfälle. Dies ließ vermuten, daß es zu einem raschen Anstieg kommt. Daraufhin haben die Lastenverteiler reagieren müssen. Dh., die Stauffallenöffnungen mußten weiter geöffnet werden, sonst wäre es gefährlich geworden. Ich bin kein Techniker, ich kenne mich in diesem Bereich auch nicht aus. Die Gefahr wäre es gewesen, daß irgendwo Brüche entstanden wären. Die Verantwortlichen müßten sich besser koordinieren. Es wurde mir nicht bestätigt, daß hier eine schlechte Koordination vorlag. Was möglicherweise unterschätzt wurde, waren die katastrophalen Niederschläge, die hier noch nachkamen. Es wurde ja schon angekündigt, daß das Wasser zurückgeht. Am Montag Vormittag bzw. gegen Mittag hieß es, daß das Wasser zurückgeht. Das war etwa um 11.30 Uhr. Das war der genaue Zeitpunkt, wo die Enns wirklich zurückging. Zu diesem Zeitpunkt war es überhaupt nicht absehbar, daß die Steyr heraus kommt. Am Nachmittag setzten die Niederschläge wieder ein, und dann war die Katastrophe perfekt. Ich bitte um ihr Verständnis. Die Feuerwehr ist bemüht, mit den anderen ununterbrochen in Kontakt zu sein. In diesem Zusammenhang möchte ich mich nicht nur bei der Feuerwehr bedanken. Ich möchte den Dank auch auf das Rote Kreuz, die Polizei, auf den WiHof usw. ausweiten. Alle Personen sind rund um die Uhr im Einsatz gewesen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich wirklich bei der Feuerwehr und all den anderen, aber auch bei den privaten, freiwilligen Helfern bedanken. Es sind bei der Feuerwehr einige Schäden entstanden. Diese werden wir nachjustieren, um für den Ernstfall wieder gerüstet zu sein. Danke. Ich hoffe, daß es nicht wieder so schnell kommt.

Beifallskundgebungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. ÖVP-Fraktion, Herr Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen des GR. Nachdem dieses wichtige Thema angesprochen wurde, möchte ich mich namens der ÖVP-Fraktion bei allen öffentlichen Stellen, insbesondere bei der Feuerwehr, bedanken. Ich möchte mich für den vorbildlichen Einsatz aller bedanken. Ich bitte dich, Herr Referent, den Dank und die Anerkennung auszusprechen. Die Leistung war gigantisch.

Zur Technik darf ich vielleicht kurz etwas anmerken. Auch ich habe in den Medien gehört, daß die Schleusen geöffnet werden müssen, da sonst der Andrang des Wassers am Abend nicht mehr gehalten werden kann. Automatisch überlegt man sich dann, warum dies so spät passiert. Ich habe mich erkundigt und habe heute mit einem Ingenieur der EKW darüber diskutiert. Er hat mir erklärt, daß die Enns - so wie es jetzt bei diesem Hochwasser war - die 10fache Wassermenge gegenüber dem Normalwasserstand förderte. Die Steyr förderte die 20fache Wassermenge und der Reichramingbach förderte die 40fache Wassermenge. Das geht so schnell. Sie sind zwar immer mit dem Wetterdienst in Graz und Salzburg in Verbindung, können aber trotzdem nicht schneller reagieren, da sie einen genauen Abstauplan haben. Sie können nicht schneller abstauen. Außerdem bestünde die Gefahr, daß, wenn sie zu schnell abstauen, die Wände der Stauräume nachgeben und einsinken würden. Dadurch würden große Schäden an der Uferverbauung entstehen. Interessant ist auch, ich hoffe, ich erinnere mich noch richtig an diesen Wert, daß die Enns bei diesem Hochwasser 1000 m³/Sekunde gefördert hat. Normalerweise fördert die Enns ca. 6 oder 7 m³/Sekunde. Da sieht man, wie gigantisch das ist, wenn plötzlich diese Naturgewalten hereinbrechen. Ich möchte mich nochmals sehr herzlich bei allen Beteiligten für ihren beispielhaften Einsatz bedanken.

Beifallskundgebungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne Fraktion dazu.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Wir haben nichts Tragisches dazu zu sagen. Wir möchten uns ebenfalls bei allen Beteiligten bedanken.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich habe bereits, weil ich mir dachte, daß ihr auch dankbar seid, dem Herrn Bezirksfeuerwehrkommandanten schriftlich und mündlich gedankt. Ich muß sagen, er hat sich äußerst lobend über die hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Leuten vom WiHof ausgesprochen. Das wirft also auch auf die Stadt ein gutes Licht. Natürlich muß hier die Koordination funktionieren. Das muß auch zw. den Beamten passieren, denn in dieser Situation ist nicht mehr viel Zeit für große Beratungen. Da muß der Plan schon vorher festgelegt sein. Die beteiligten Personen verbessern nach jedem Hochwasser die Katastrophenpläne. Gut jetzt fragen wir die ÖVP-Fraktion, ob sie über ein Thema sprechen möchte. ÖVP-Fraktion, nein. Möchten die Grünen über etwas sprechen. Grüne - nein. Ich bedanke mich für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.41 Uhr

VORSITZENDER:

Bgm. Hermann Leithenmayr eh.

PROTOKOLLPRÜFER:

GR Ulrike Fuchs eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist eh.

GR Walter Oppl eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

Andrea Garstenauer eh.